

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
2½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 4. März. Se. Majestät der Könige haben Allergnädigst geruht: Den Second-Lieutenant im 2. Schlesischen Infanterie-Regiment Nr. 6 Wilhelm Ottomar Drwied Venno Müller unter dem Namen „Müller von Schönthal“ in den Adelstand zu erheben; dem Kreisgerichts-Sekretär Voenthal zu Ziesar bei seiner Vergebung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath; ferner dem Hutmachermeister Heinrich Adolph Pusch hier selbst das Prädikat eines Königlichen Hof-Instrumentenfabrikanten; sowie dem Fabrikanten musikalischer Instrumente Johann Karl Albert Moriz hier selbst das Prädikat eines Königlichen Hof-Instrumentenfabrikanten; und dem Herzoglichen Hof-Büchsenmacher Rudolph Berger zu Köthen das Prädikat eines Königlichen Hof-Büchsenmachers zu verleihen; endlich dem bei der Direktion der Gewehrfabrik zu Spandau zur Dienstleistung kommandirten Premier-Lieutenant Schetz vom 4. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 21, die Erlaubnis zur Anlegung der von des Fürsten zur Lippe Durchlaucht ihm verliehenen Militär-Verdienst-Medaille zu ertheilen.

Das 7. Stück der Gesetzesammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5499 das Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Barmen im Betrage von 400,000 Thlrn. Vom 27. Januar 1862; und unter Nr. 5500 den Allerhöchsten Erlass vom 24. Februar 1862, betreffend die in Gemäßheit des Gesetzes vom 22. Mai 1861 zum Bau der Altenbeken-Holzmindener Eisenbahn aufzunehmende Staats-Anleihe von 4,800,000 Thlr.

Berlin, den 3. März 1862.
Debitsskonto der Gesetzesammlung.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, Montag 3. März, Nachmittags. Das heutige „Dresdner Journal“ meldet in einer Korrespondenz aus Wien als positiv, daß die Einigung der beiden deutschen Großmächte in der kurhessischen Angelegenheit seit gestern eine vollendete Thatsache sei. Destreich habe die letzten Vorschläge Preußens angenommen; der Antrag beider werde wahrscheinlich in der nächsten Sitzung des Bundesstages eingebraucht werden.

(Eingeg. 4. März 9 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 3. März. [Neuer Feldzug der großdeutschen Diplomatie; die Ministerkrise in Turin; die Kronprinzessin.] Die großdeutsche Koalition hat ihren zweiten diplomatischen Feldzug gegen Preußen eröffnet. Zunächst sind die Noten Hannovers und Destreichs hier eingetroffen, und die Kundgebungen der anderen Theilnehmer von der Firma Destreich-Würzburg werden wohl noch im Laufe dieser Woche nachfolgen. Wie ich schon früher meldete, sind die großdeutschen Verbündeten dahin übereingekommen, von einer gleichlautenden Fassung Abstand zu nehmen, doch werden sie nur Variationen über dasselbe Thema liefern. Ihr Hauptzweck scheint nach den Mittheilungen, die ich über den Inhalt der hier eingetroffenen Schriftstücke erhalten habe, darin zu bestehen, daß nochmals gegen die Anwendbarkeit des Artikels 11 der Bundesakte auf die Begründung eines engeren Bundesstaates im deutschen Staatenbunde Verwahrung eingelegt, zugleich aber der Wunsch betont werde, mit Preußen zu einer Verständigung über Bundesreformen zu gelangen. Von einer näheren Entwicklung des großdeutschen Reformgedankens ist bis jetzt nichts bekannt geworden, und es ist auch undenkbar, daß die von wesentlich abweichenden Interessen beeinflußten Staatsmänner, welche zum leitenden Ausschuß der Koalition gehören, so schnell zur Übereinstimmung über die Einzelheiten eines Reformplanes kommen sollten. Natürlich wird es ihnen um so leichter, den Ernst ihres reformatorischen Eifers zu beteuern, da sie wissen, daß ihre Vorschläge wegen der mangelnden Zustimmung Preußens nur Luftblasen bleiben werden.

Die Ministerkrise in Turin versegt die diplomatischen Kreise in großer Aufregung, und besonders deshalb, weil man über die Bedeutung des Ereignisses im Unklaren ist. In letzter Instanz scheint Ricasoli durch Verwürfnisse mit dem König Victor Emanuel seine Stellung unhaltbar gemacht zu haben. Man darf aber nicht vergessen, daß von Paris aus schon seit längerer Zeit auf den Sturz Ricasoli's hingearbeitet und Matazzi als dessen Nachfolger empfohlen worden ist. Sollte der leitgenannte Staatsmann das Ruder in die Hand bekommen, so wäre für den französischen Einfluß auf die italienische Politik ein sehr willfähiges Werkzeug gewonnen. Zunächst würde wohl die Partei, welche von Unternehmungen auf Rom und Venetien einstweilen abrath, die Oberhand gewinnen, da auch Frankreich für jetzt die Erhaltung des Friedens wünscht. — Die Nachrichten aus England über das Befinden der Kronprinzessin lauten sehr befriedigend. Auch auf das Befinden und den Gemüthszustand der Königin Victoria soll die Nähe der geliebten Tochter einen günstigen Einfluß geübt haben. Nach den vorläufigen Anordnungen wird die Rückkehr der Prinzessin gegen Ende des laufenden Monats erwartet.

[Berlin, 3. März. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Im Laufe des heutigen Vormittags nahm der König die Vorträge der Geheimräthe Illaire und Costenoble und des Generaladjutanten v. Manteuffel entgegen und empfing darauf mehrere hochgestellte Personen. Um 2 Uhr konferierte der König mit dem Minister Grafen Schwerin, machte alsdann mit seiner Gemahlin eine Ausfahrt und kehrte um 4 Uhr durch das Hohesche Thor zur Stadt zurück. Um 7 Uhr Abends besuchte die Königin den evangelischen Verein und hörte dort mit dem Prinzen Alexander den vom Generalsuperintendenten Dr. Hoffmann über Oliver Cromwell gehaltenen Vortrag. Die hohe Frau wurde bei ihrer Ankunft von den

Vorstandsmitgliedern empfangen und auch am Schlus des Vortrages zum Wagen geleitet. — Unser Hof hat durch den Tod der Prinzessin Sidonie von Sachsen aufs Neue Trauer. Die Königin-Witwe, Tante der Verstorbenen, ist durch diese Trauerkunde wieder tief gebeugt worden, zumal sie für diese Nichte eine besondere Vorliebe hatte. Wie es heißt, hat die hohe Frau die Absicht zu erkennen gegeben, sich in kurzer Zeit von Charlottenburg nach Dresden zu begeben und einige Wochen am sächsischen Hof zum Besuch zu verweilen. Auch aus Schwerin ist unser Hof die Trauernachricht zugegangen, daß die Großherzogin Auguste im Sterben liegt. Seit gestern sind die nächsten Verwandten des großherzoglichen Hofs in Schwerin versammelt, da die Aerzte das Ableben der hohen Frau als nahe bevorstehend erklärt haben. Wie verlautet, soll wegen dieser Trauernachrichten der Hofball morgen im Schlosse unterbleiben und nur ein Konzert stattfinden; doch hörte ich heute bei der Ankunft der Königin im evangelischen Verein, daß auch dies Konzert schon in Frage gestellt ist. (Eine Bekanntmachung des königl. Hofmarschallamtes im „Staatsanzeiger“ meldet bereits das Ableben J. K. H. der Großherzogin Auguste von Mecklenburg-Schwerin, in Folge dessen das auf den 4. d. angelegte Hoffest unterbleibt. Die Verstorbene war eine Prinzessin von Reuß-Schleiz-Köstritz, geb. d. 26. Mai 1822 und seit d. 3. Nov. 1849 vermaßt.) — Man spricht hier von einem Besuch, den der König in einigen Wochen in London zu machen beabsichtigt. Ein anderes Gerücht läßt den Grafen Bernstorff als Gesandten nach Paris gehen und bezeichnet als neuen Minister des Auswärtigen den Bundestagsgesandten v. Uedem. — Die am Sonnabend abgebrochenen Verhandlungen wurden heute Vormittags 11 Uhr in einer neuen Ministreritzung fortgesetzt. Der Kronprinz und auch der General-Postdirektor Philippson wohnten der Konferenz wieder bei, die erst um 3 Uhr beendet war. — Schon in den nächsten Tagen wird der König einem Kabinettskonseil präsidieren. — Der Regierungspräsident v. Schleinitz hat sich auf einige Tage nach Bromberg begeben. — In etwa 14 Tagen findet hier der Universitätsball statt. Am Mittwoch Abend versammelt sich die Studentenschaft in der Universität zur Wahl des Festkomite's und des Lokals.

[Entscheidungen.] Die neueste Nummer des „Justiz-Ministerialblattes“ enthält einen Plenarbeschluß des Obertribunals vom 6. v. M., wonach in Prozessen, welche die Ablösung des Natural-Fruchtzehnten einer Pfarrer betreffen, die dritte Instanz zulässig ist; ferner ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, wonach Streitigkeiten über die Mitgliedschaft an einer innerhalb einer Gemeinde bestehenden Schäfereigefellschaft, sowie Entschädigungsansprüche, welche darauf begründet werden, im Rechtswege zu entscheiden sind.

[Versicherungswesen.] Nach dem Allerhöchsten Erlassen vom 2. Juli 1859 sollen in Betreff der Versicherung von Immobilien die fortan zu konzessionierenden oder zum Geschäftsbetriebe zugelassenden Feuer-Versicherungsgesellschaften und die von diesen oder den bereits konzessionirten, beziehungsweise bereits zugelassenen Gesellschaften neu zu errichtende Agenturen bis auf weitere Anordnung der Beschränkung unterliegen, daß sie nur solche Immobilien versichern dürfen, deren Aufnahme den betreffenden öffentlichen Sozialitäten in ihren Reglements untersagt, oder von dem Vermesser derselben abhängig gemacht ist. Nach dem fernerem Allerhöchsten Erlassen vom 18. September 1860 ist der Zeitpunkt, mit welchem diese Beschränkung der Privat-Feuerversicherungsgesellschaften und deren Agenturen fallen soll, für den Bezirk jeder öffentlichen Feuersozietät von dem Minister des Innern besonders festzusezten. In Folge davon hat der Lebhore nunmehr die nötigen Bestimmungen erlassen, so daß die Beschränkung des freien Betriebes der Gebäudeversicherung allmählig in Fortfall kommt.

[Zur schleswig-holsteinischen Angelegenheit.] Der K. B. wird von hier geschrieben: Die von den beiden deutschen Großmächten an ihre Vertreter in Kopenhagen in Erwiderung auf die dänische Depesche vom 26. Dez. v. S. gerichteten Erlassen sind, wie schon in früheren Fällen, identisch. Es wird zunächst darin die dänische Behauptung widerlegt, als könnten die Verhandlungen nur auf ein Provisorium Bezug haben. Die deutschen Mächte erklären vielmehr, daß die Bedingungen für ein Provisorium durch Bundesbeschlüsse festgestellt seien, über welche sie keine weitere Verhandlung zulassen könnten. Es wäre eine solche nur in dem Falle möglich gewesen, wenn etwa Dänemark sich entschlossen hätte, den Reichsrath aufzulösen. Alsdann hätte man über die Propositionen vom 25. Okt. unterhandeln können. Jetzt bliebe nur übrig, die Verhandlungen auf ein Definitivum zu richten. Die nötige Zeit dafür zu gewinnen, stehe ganz allein in der Hand der dänischen Regierung, indem sie die vorläufigen Bedingungen des Bundesbeschusses erfülle. Den gegen den Deutschen Bund und gegen Preußen und Destreich insbesondere gerichteten Vorwürfen, daß sie selbst der dänischen Regierung die in der Gesamtverfassung von 1855 intendirt gewesene Ausführung der Absichten von 1851/52 unmöglich gemacht hätten, wird eine nur kurze, aber schlagende und entschiedene Abfertigung zu Theil. Der Kern der Depesche ist in der an Dänemark gerichteten Frage enthalten, ob es sich in der That noch an die Verabredungen von 1851/52 gebunden erachte und daraus hervorgehende Verpflichtungen in Betreff zu Schleswig sowohl, wie Holstein überhaupt noch anerkenne? Wenn in der früheren Depesche vom 5. Dez. die königl. dänische Regierung noch aufgesordert werden konnte, sich zu erklären, wie sie diese Verpflichtungen zu erfüllen gedenke, so hat die ausweichende Antwort vom 25. Dez. in Verbindung mit offenkundigen Thatsachen die beiden deutschen Großmächte genöthigt, nunmehr die peremptorische Frage nach dem Ob der Erfüllung der Verpflichtung zu stellen. Es ist endlich Zeit, daß Dänemark Europa gegenüber entweder seine Verpflichtungen anerkenne oder seinen

Betragsbruch offen eingestehne. Beide Depeschen tragen das Datum vom 8. Febr., sind aber, dem Vernehmen nach, erst am 21. Febr. übergeben. Diese Verzögerung scheint durch das Bedenken entstanden zu sein, ob nicht das inzwischen näher bekannt gewordene Vor gehen der dänischen Regierung im Reichsrath jede weitere Verhandlung, jede aussführlichere Antwort Dänemarks in Worten überflüssig mache. Die deutschen Mächte aber haben der dänischen Regierung noch einmal die Gelegenheit zur Bestimmung geben wollen. Auch den gegenwärtig im Reichsrath vorgenommenen Veränderungen kann noch kein provisorischer Charakter beigelegt werden. Die Depeschen vom 8. Febr. beschränken sich daher auf die Beantwortung der dänischen Depesche vom 26. Dez. Daneben aber ist, wie wir mit Bestimmtheit erfahren, ein vom 14. Februar datirter ausführlicher und scharf formulirter Protest gegen das Vorgehen der dänischen Regierung im Reichsrath übergeben worden, in welchem darauf hingewiesen wird, daß durch legislative und konstitutive Akte die völkerrechtlichen Verpflichtungen, auf welchen die Stellung Schleswigs beruht, nicht alterirt werden können, diese Akte vielmehr diesen Verpflichtungen gegenüber als null und nichtig erscheinen.

Breslau, 3. März. [Konflikt.] Bei dem am Montage im hiesigen Theatergebäude ausgebrochenen Feuer hat ein bedauerlicher Vorfall zwischen dem hiesigen stud. phil. Brandt und dem Hauptmann der 2. Kompanie des 3. Garde-Grenadier-Regiments, Grafen Bredow, stattgefunden, in Folge dessen die hiesige Studentenschaft eine Adresse an den Senat der Universität erlassen hat, die im Namen der Studirenden aller Fakultäten und Corps und Verbindungen unterzeichnet ist. Die Adresse erzählt das Faktum in folgender Weise: „Ich (stud. Brandt) stand in der ersten Reihe des anwesenden Publikums. Als dasselbe dem die Feuerreserve kommandirende Hauptmann, Grafen Bredow, nicht schnell genug zurückzuweichen schien, saßte er mich, wie wohl ich mir nicht der mindesten Schuld bewußt war, an der Brust, zog mich in den abgesperrten Kreis hinein und übergab mich einem Soldaten mit den Worten: „Sperren Sie den Kerl ein, ich werde es schon verantworten.“ Ich erbot mich hierauf, um mich zu legitimiren und dadurch vor der Verhaftung zu schützen, ihm meine Karte abzugeben. „Stechen Sie den Kerl nieder, wenn er nicht bald kommt“, war die Antwort. Ich wurde nach dem Polizeigefängnisse geführt, wo ich nach Abgabe meiner Erkennungskarte entlassen wurde.“ STUDIOSUS BRANDT hat diese Aussagen auf Ehrenwort gemacht und sind dieselben durch Zeugen unterstutzt. Am Schlusse stellt die Adresse den Antrag an den Senat, er wolle die Rechte der Studentenschaft energisch vertheidigen und ihr Genugthuung verschaffen.

[Der Fürstbischof von Breslau gegen die Presse.] Der Fürstbischof von Breslau hat zur Fastenzeit einen Hirtenbrief erlassen, der sich auch mit der Presse beschäftigt. Die schlechte Presse richte ihre Waffen zunächst gegen das Christenthum und gegen die Kirche, so daß die blutigen Verfolgungen in den ersten 3 Jahrhunderten des Christenthums nicht so gefährlich waren, wie die unausgesetzten Angriffe, Entstellungen, Kränkungen u. l. w. in der Presse. Ferner bekämpfe die mißbrauchte Presse die Sittlichkeit der Jugend, dann wende sich die verheerende Strömung der schlechten Presse“ auch gegen die weltliche Ordnung, den christlichen Staat, und die höchste Gewalt im Lande soll dahin gebracht werden, die Macht, die sie zur Wahrung des Rechts und der Ordnung von Gott e. pfangen hat, nun von ihren Untertanen zu Lehnen zu tragen.“ Schließlich wird die Frage aufgeworfen: „Sollten sich nicht Vereine gegen die Presse bilden lassen, die noch verheerender wirkt, als die Branntweinpest?“

[Destreich. Wien, 1. März. [Kroatische Marineprojekte.] Einer der eigenhümlichen Hintergedanken der Staatsmänner des „dreieinigen Königreichs“ ist der, eine selbständige Marine zu schaffen und dadurch eine gewisse Stellung auf dem Welttheater zu erringen. Sie glauben dann, wenn sie über eine eigene Handelsflotte verfügen können, die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich zu ziehen, und in Folge dessen auch in Wien selbst ein gewichtigeres Wort sprechen zu können. Um nun diesen Plan einer Emanzipation ihrer Marine von dem Einfluß des Gesamtstaates und einer völligen Sonderstellung derselben näher zu rücken, soll die Kompetenz des neuernannten Marineministeriums, welches bekanntlich eben so wie das Finanzministerium, das Handels- und Kriegsministerium als Gesamtstaatsministerium ist, brach gelegt werden, inwiefern es sich um Angelegenheiten des Territoriums des dreieinigen Königreichs handelt. Das Vorspiel hat die Komitatskongregation von Triest gegeben, in welcher beschlossen wurde, die Kompetenz der Zentralseebehörde in Triest künftig im kroatischen Küstengebiete nicht mehr anzuerkennen. In Dalmatien verlangt die slowatische Partei ebenfalls die Beseitigung der Zentralseebehörde und die Einrichtung besonderer dalmatinischer Seegerichte. Der Abg. Liubissa hat bereits diese Forderungen dem Reichsrath gegenüber formulirt. Freilich war das vorläufig noch ein Streich ins Wasser, da Dalmatien den „Schwesterreichen“ Kroaten und Slavonen noch nicht untergeordnet ist. Ein eigener Gerichtsstand mit eigenen Gesetzen unter der kroatisch-slavonischen Hofkanzlei würde nach und nach diesen Theil der österreichischen Marine völlig ausscheiden und ihr ein national-slavisches Gepräge aufdrücken. Diese Ausscheidung hätte dann zur Folge, daß der andere Theil der Marine nach der vorwiegenden Nationalität der Beteiligten einen italienischen Charakter annehmen und der gesamtstaatliche Typus, welcher unsrer bedeutenden Handelsflotte gegenwärtig noch innenwohnt, völlig zerstört werden würde. Daß dies von den nachtheiligsten Folgen für unsere Kriegsmarine sein und unsere kommerziellen Beziehungen zur Levante, welche bekanntlich gegenwärtig

ziemlich grobartig sind, dadurch in unliebsamer Weise gestört würden, liegt auf der flachen Hand. (Dr. Z.)

Eriest, 28. Febr. [Der Herzog von Coburg-Gotha] kommt Gemahlin haben sich heute auf dem Eloydampfer „Erzherzogin Charlotte“ nach Alexandrien eingeschifft.

Bayern. München, 2. März. [Die Prinzen Ludwig und Leopold] sind von der unterbrochenen Reise nach Griechenland heute Mittags wieder hier eingetroffen.

Hessen. Kassel, 2. März. [Verichtigung.] Der H. M. Z. geht die offizielle Mittheilung zu, daß die in einem Artikel des „Frankfurter Journals“ enthaltene Angabe, wonach die Regierung die Genehmigung zur Einrichtung ambulanter Posten verlangt habe, unrichtig sei, vielmehr würde diese Einrichtung zunächst bei den Gütern der Main-Weserbahn am 16. d. ins Leben treten.

Großbritannien und Irland.

London, 28. Febr. [Die amtlichen Handelsausweise des Jahres 1861] liegen jetzt vor, und es ergiebt sich aus denselben, daß der Werth der englischen Ausfuhr im Jahre 1861 um 8 Prozent im Vergleiche mit dem unmittelbar vorgehenden Jahre abgenommen hatte (was die „Times“ insofern ein befriedigendes Resultat nennt, als die Ausfuhr des Jahres 1860 die allergrößte in der englischen Handelsgeschichte gewesen war, und seitdem der amerikanische Krieg mit dem erhöhten Tarif eingetreten ist). Der Aussall im Export von Baumwollfabrikaten betrug gegen 1860 11 Prozent, aber bloß 3 Prozent verglichen mit 1859. In Baumwollgarnen betrug er 3 Prozent gegen 1860, und bloß $1\frac{1}{4}$ Prozent gegen 1859. Der Aussall in Eisen war bedeutender, als der in Baumwollfabrikaten und beträgt volle 15 Prozent. Es betrug die Gesamtausfuhr des vorigen Jahres 125,115,133 Pf. St. um 10,674,094 Pf. St. oder um 8 Prozent weniger als in 1860, und um 5,296,396 Pf. St. oder um 5 Proz. weniger als in 1859.

[Der internationale Wohlthätigkeitskongress], welcher zuletzt (1857) in Frankfurt verhandelt war, wird sich am 4. Juni in London versammeln, in Verbindung mit der National Association for the Promotion of Social Science. Die Sitzungen werden ca. 6 Tage dauern und es werden folgende beide Fragen diskutirt werden: 1) Ist es zulässig, daß dem Staate die Macht gegeben werde, stiftlich vernachlässigte Kinder von ihren Eltern zu trennen und sich mit ihrer Erziehung und, wenn nötig, mit ihrem Unterhalt zu befassen? 2) Ist es zulässig, daß der Besuch der Gemeindeschulen obligatorisch sei und in welcher Form und in welchem Maßstabe ist diese Schulpflicht aufzustellen? Außerdem werden die Mitglieder aufgefordert, über ihre heimathlichen Verhältnisse, soweit sie sich auf die Zwecke des Kongresses beziehen, dem Kongress Bericht zu erstatten. Endlich wird die Industrieausstellung Gelegenheit geben, die Gegenstände der Fabrikation in Augenschein zu nehmen, welche geeignet sind, das Wohlbefinden der nothleidenden Klassen zu fördern. Die Sitzungen werden in den geräumigen Sälen von Burlington House stattfinden. Der Beitrag der Mitglieder beträgt eine Guinee.

London, 1. März. [Tagesbericht.] Einem dem Parlament vorgelegten Ausweise zufolge beträgt die noch rückständige Schuld Griechenlands an England 847,544 Pf. St., die rückständige Schuld Sardiniens 1,875,389 Pf. St. 18 Sch. 6 P. — Die Eisenfregatte „Warrior“ kostet, laut offiziellen Ausweisen, noch bevor sie zum Auslaufen fertig gemacht worden war, 354,885 Pf. St. Mit der Armatur und den später nothwendig gewordenen Änderungen wird der Kostenaufwand nicht viel unter einer halben Million Pf. betragen. — Das schadhafe Kabel zwischen Suez und der Insel Jubal, eine Strecke von 200 engl. Meilen, ist, wie verlautet, mit bestem Erfolg ausgebessert worden, so daß eine direkte Telegraphenverbindung zwischen der jetzt genannten Insel und England demnächst eröffnet werden dürfte. — Konul Parkes, derselbe, der mit Herrn Koch während des letzten chinesischen Krieges in der Gefangenshaft so viel zu erdulden gehabt, befindet sich seit zwei Tagen wieder auf englischem Boden. Von den Behörden in Dover wurde er mit einer schmeichelhaften Adresse empfangen. — Das Garibaldische Komitee hat unter dem Vorsitz des Unterhausmitgliedes P. A. Taylor eine Sitzung gehalten, in welcher eine Petition ans Parlament um Entfernung der französischen Besatzung aus Rom einstimmig angenommen wurde. — In einer Versammlung der Aktionäre des „Great Eastern“ ist beschlossen worden, das Schiff abermals nach Amerika zu schicken, obgleich viele der Anwesenden gemeint waren, er sollte lieber sein Glück auf einer Fahrt nach Indien oder Australien versuchen. — Für den Unterhaussitz in Longford tritt Major O'Reilly als Kandidat auf, der die irische Legion im Römischen kommandiert hat. Sein Glaubensbekenntniß sprüht Feuer und Flamme gegen die Regierung, gegen deren antikatholische Politik und gegen deren offene Feindseligkeit. Er verspricht seinen Wählern, gegen die kirchenschänderische Politik Piemonts anzukämpfen, für die Gründung einer freien katholischen Universität und für Ausdehnung des Stimmrechts zu wirken. Der Wahlkampf verspricht ein überaus heftiger zu werden. Major O'Reilly, als Vertheidiger des Papstes, hat natürlich den katholischen Klerus für sich, und seine Kandidatur wird ohne Zweifel von allen Kanzeln herab unterstützt werden, wogegen sein Gegenkandidat, Oberst White, wie es heißt, von den einflussreichen und geinächtigen Bürgerklassen unterstützt wird. Man fürchtet blutige Austritte, und um ihnen vorzubeugen, hat die Regierung Militär und Polizei aufgeboten. Heute ging die Wahl vermittelst der üblichen Händeschau vor sich; sie fiel zu Gunsten des Majors O'Reilly aus, doch läßt sich daraus auf die am Dienstag stattfindende Namensabstimmung kein richtiger Schluß ziehen.

[Zur Londoner Industrie-Ausstellung.] Nach der Bekanntmachung vom 17. August v. J. veranstalteten die englischen Ausstellungskommissionen zwei Kataloge der Aussteller gewerblicher Erzeugnisse: einen sogenannten offiziellen Katalog, welcher auf Kosten der Kommissionen gedruckt wird, und einen illustrierten Katalog, welcher in der Hauptfache auf Kosten der Aussteller, welche in denselben aufgenommen zu werden wünschen, hergestellt werden soll. Da die Zahl der Worte für jeden Aussteller in dem offiziellen Katalog, für welchen das Material nach London bereits mitgetheilt ist, 16 nicht überschreiten darf, die Aufnahme in den illustrierten Katalog aber mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist, so sind die Regierungen der Zollvereinsstaaten, welche zu einer gemeinschaftlichen Ausstellung sich vereinigt haben, dabin übereingekommen, einen Spezialkatalog der Aussteller des Zollvereins in deutscher und englischer Sprache zu veranstalten, welcher an allen Katalogverkaufsstellen in dem Ausstellungsgebäude selbst verkauft werden wird, und in Format, Druck und Papier dem englischen illustrierten Katalog gleich sein soll. Dieser Katalog wird aus zwei Abtheilungen bestehen. Die erste, auf Staats-

kosten gedruckt, soll enthalten: a) den Namen und die Firma, den Stand und Wohnort des oder der Aussteller; b) den Ort der Fabrik, wenn der selbe von dem Wohnorte verschieden ist; c) die bei den Ausstellungen zu Berlin, London, München und Paris erhaltenen Anerkennungen; d) Namen und Geschäftsort des oder der Londoner Agenten; e) die nähere Bezeichnung der zur Ausstellung wirklich eingesendeten Gegenstände, jedoch ohne Beschreibung ihrer Vorzüge oder ihrer Fabrikation; f) die Angabe des Preises im Großverkauf, sofern der Aussteller denselben veröffentlicht will, in der Geldwährung und nach dem Maße oder Gewicht, welches der Aussteller für zweckmäßig hält. Neben dieser Angabe ist die Preisangabe auch nach englischem Gelde und Maße oder Gewicht gestaltet; g) eine Reduktionstabelle der betreffenden Münzen, Maße und Gewichte auf englisches und französisches Geld, Maße und Gewicht. Die entsprechenden Beiträge der Aussteller müssen bis zum 8. März bei der Bezirkskommission eingeliefert werden. Später eingehende Mittheilungen werden in den Katalog nicht aufgenommen. Die zweite Abtheilung des Katalogs ist zur Aufnahme von näheren Beschreibungen und Illustrationen der ausgestellten Gegenstände, sowie von Empfehlungen und Preisurkunden bestimmt, welche die Aussteller auf ihre Kosten veröffentlicht zu sehen wünschen. Die Ausdehnung und die Redaktion der Mittheilungen bleibt den Ausstellern überlassen. Die Illustrationen müssen denjenigen des englischen illustrierten Katalogs in Art und Güte der Ausführung gleich sein und dürfen das vorgeschriebene Format von 209 Millimeter Höhe und 140 Millimeter Breite nicht überschreiten. Die Ausführung hat die künstl. Geheime Ober-Hofbuchdruckerei von R. Decker zu Berlin übernommen und sind alle Bestellungen für die zweite Abtheilung des Katalogs an dieselbe zu richten. Aufträgen, welche nach dem 20. März eingehen, kann die Ausführung für die erste Auflage des Katalogs nicht zugesichert werden. Die Aufnahme erfolgt möglichst in der Reihenfolge der Anmeldungen; in den alphabetischen Namensregistern wird bei den betreffenden Ausstellern auf die Veröffentlichungen in der zweiten Abtheilung verwiesen werden. Für diejenigen Aussteller, welche Zeichnungen der zu illustrierenden Ausstellungsgegenstände mittheilen, werden die Holzschnitte nach den vorliegenden Mustern besorgt, und auch Künstler namhaft gemacht, welche die Stücke nach der Natur schnitzen. Werden fertige Holzschnitte eingefordert, bei denen zweifelhaft ist, ob sie den englischen Mustern entsprechen, so bleibt die Entscheidung über die Zulassung der Kommission vorbehalten. Die erste Auflage des Katalogs ist auf 5000 deutsche und 5000 englische Exemplare, die ferneren Auflagen sind auf 2500 Exemplare in jeder Sprache bemessen. Den Ausstellern steht es frei, zu bestimmen, ob die Einführung nur in die deutsche oder nur in die englische, oder ob sie in beide Ausgaben aufgenommen werden soll, und ob sie dieelbe nur in der ersten Auflage von 5000 Exemplaren oder auch in den folgenden und in vielen derselben abgedruckt haben wollen. Für die Aufnahme in die erste Auflage von 5000 Exemplaren sind zu entrichten, wenn die Mittheilung einen Umfang hat von einer ganzen Seite 15 Thlr., drei viertel Seiten 11 Thlr. 20 Sch., einer halben Seite 8 Thlr. 10 Sch., einer viertel Seite 5 Thlr., einer achtel Seite 3 Thlr. Für jede folgende Auflage treten den obigen Sätzen zu: für eine ganze Seite 5 Thlr., für drei viertel Seiten 4 Thlr. 5 Sch., für eine halbe Seite 3 Thlr. 10 Sch., für eine viertel Seite 1 Thlr. 22 Sch., für eine achtel Seite 1 Thlr. Diezelbe Sätze sind für die Illustrationen, resp. den Raum, welchen dieselben einnehmen, zu entrichten; jedoch sind darin die besonders zu berechnenden Kosten für Auffertigung der Zeichnungen und der Holzschnitte nicht inbegriiffen. Wird die Einrichtung in die deutsche und englische Ausgabe des Katalogs gewünscht, so ist für jede derselben der obige Satz zu zahlen.

London, 3. März. [Teleg.]. Die „Morning Post“ sagt, daß der Sturz des Ministeriums Riccioli für die Sache Italiens ein schwerer Schlag sei; es wäre ein großes Unglück, wenn die Resignation Riccioli's eine Aenderung in der Politik des Königs bezeichnen würde und ein nicht geringeres Unglück, wenn dieselbe ein Resultat von Hofintrigen wäre. Kein Ministerium werde von Dauer sein, wenn es nicht die von Cavour angenommene Politik fortführt. — „Daily News“ sagt: Hoffen wir, daß das neue Ministerium, welches es auch sein möge, sich daran erinnern werde, daß der Nation keine sofortige Vergrößerung einen Erfolg für eine friedliche Unabhängigkeit gewähren würde. — Der Westindiadampfer ist in Southampton angekommen und bringt Nachrichten aus Hayti vom 11. v. M. Nach denselben ist eine Verschwörung zum Sturz des Präsidenten Geffrard entdeckt, und sind die Verschwörer verhaftet und verurtheilt worden. Das Haupt der Verschwörer sollte, falls die Verschwörung gelungen wäre, zum Präsidenten ernannt werden. Der Präsident Geffrard hat eine Proklamation erlassen, in welcher die Haltung der Bevölkerung gelobt wird. — In Veracruz haben sich englische Marinesoldaten ausgeschifft und dürfen von dort aus ihre Richtung ins Innere nehmen.

Franreich.

Paris, 28. Febr. [Tagesbericht.] Das Ereignis des Tages ist der Kommissionsbericht des gesetzgebenden Körpers in Sachen der Dotations des Grafen Palikao. Die Börse geriet darob in einen panischen Schrecken und erging sich in der für äußerer Eindruck sonst so unempfänglichen Liquidationszeit in den ungeregeltesten Sprüngen. Man hatte sich übrigens auch im größeren Publikum nicht auf eine so feste und würdige Sprache Seitens der Kommission gefaßt gemacht, und es wird der Eindruck dieses Berichtes auf den gesetzgebenden Körper wie auf das Land dadurch noch erhöht, daß die Kommission, welche einen General zum Präsidenten, einen Baron zum Berichterstatter und verschiedene Marquis und Grafen zu Mitgliedern hat, einstimmig die Dotation zurückweist. Der kaiserliche Brief selbst erscheint neben diesem Altenstücke in noch ungünstigerem Lichte, als vorher. Man bezweifelt jetzt kaum mehr, daß der gesetzgebende Körper der Ansicht der Kommission beitritt, wenn das Projekt von Seiten der Regierung wirklich zur Abstimmung gebracht wird. — Renan soll gestern in einem Schreiben an den Unterrichtsminister seine Entlassung als Professor des Collège de France gegeben haben (s. gestr.). Rouland dagegen soll diesen Vorfall dazu benutzt haben, um ein neues Regulativ für die Vorlesungen dieser Anstalt auszuarbeiten. — Chevreau, der in neuerer Zeit viel genannte Präfekt von Nantes, ist von dem Kaiser nach Paris berufen worden. — Die legitimistische „Union“ war gerichtlich wegen eines Artikels, der zum Haß und Missvergnügen gegen die Regierung aufreizt, belangt worden. Lauréati, der Verfasser des bewußten Artikels, und Mac-Sheeby, der Gerant des Blattes, wurden gestern jeder zu zwei Monaten Gefängnis und 2000 Fr. Geldbuße, außerdem der Drucker zu 500 Fr. verurtheilt. Séguin d'Aguesseau und Carochejacquelein, welche im Senat so energisch die gerichtliche Repression gegen die Missbräuche der Presse angerufen haben, haben also schnell Erfüllung ihrer Wünsche erhalten. — Auf Corsica ist eine solche Masse Schneefallen, daß bei Abgang der letzten Nachrichten von Bastia auf mehreren Punkten der Verkehr mit dem Innern unterbrochen war.

[Ernest Renan.] Die Reihe der aufregenden Ereignisse scheint in Frankreich noch lange nicht vorüber zu sein. Noch hatte man sich von den Zwischenfällen im Senate nicht erholt, noch sieht man den Ausgang des Konflikts zwischen dem Kaiser und dem gesetzgebenden Körper in der Dotations-Angelegenheit des Generals Cousin Montauban nicht ab, als die Aufhebung des Renanschen Kurzes die Leidenschaften auf Neue in Bewegung setzte. Das Verhältniß ist mehr beleuchtet worden. Durch die folgenden Thatsachen noch mehr beleuchtet werden. Professor Renan ist von Haus

aus Theologe, und zwar ein Jögling des großen Partei Seminariums Saint Sulpice. Er entwickelte hier so außerordentliche Fähigkeiten, daß die Lehrer ihn als eine der zukünftigen Stützen des Katholizismus betrachteten. Bald fing aber die Skepsis an, die Glaubenswelt des jungen Mannes zu zersehen, und sein durchaus ehrenhafter Charakter bewog ihn deshalb zu einem offenen Geständnis bei dem Prior des Seminariums. Renan trat aus und stellte sich zu einem Apologatischen Examens bei der Universität, welches er so glänzend bestand, daß die Aufmerksamkeit der Gelehrtenwelt ihm seither verblieben ist. Sein Buch über „Histoire“ vergrößerte seinen Ruf, wogegen der Versuch, in dem hohen Liede „Salomonis“ eine dramatische Form zu finden, als verunglückt angesehen werden kann. Jedemfalls kannte die Regierung aber seine religiösen und philosophischen Grundsätze, als sie ihm den höchsten Lehrstuhl in Frankreich an die Stelle von Duaremire einräumte. Die klerikale Partei irrte sich hierin auch nicht, als sie bei der Eröffnung des Kursus eine Gegenmanifestation veranstaltete. Aber einerseits muß man zugeben, daß Renan in seiner ersten Lektion alle Rückicht hinter sich, andererseits die ganz eigenhümlichen Verhältnisse erwägen, unter denen die Regierung sich zu einem so ernsten Schritte, wie dem der Suspension, veranlaßt sah. Sie hat so eben die Organisation einer der mächtigsten katholischen Gesellschaften, der von Bencenz da Paula, aufgelöst. Als man sie dieser Lage im Senat darüber zur Rede stellte, ließ sie in Bezug auf den katholischen Kultus an sich, ihre konservativen Grundsätze durch den Minister Villault auf das Lebhafte vertheidigen. Was konnte sie den Katholiken nun aber antworten, wenn diese ihr die Eröffnungsrede des so eben von ihr ernannten Professors Renan vorhielten? Die speziell intimerne Stelle in dieser Rede ist folgende: „Ein unvergleichlicher Mensch, so groß, daß, obgleich hier Alles aus dem Gesichtspunkte der positiven Wissenschaft beurtheilt werden soll, ich denjenigen nicht widersprechen will, welche ihn, von dem ausnahmsweise Charakter seines Werkes betroffen, Gott nennen, brachte eine Reform des Judentismus zu Stande, eine so tiefe und so individuelle Reform, daß es in Wahrheit eine neue Schöpfung war. Jesus begründete die vorige Religion der Humanität, die Religion des Geistes, von jedem Priesterthum, von jeder Kultur, von jeder Observanz befreit, allen Völkern zugänglich, allen Kästen überlegen, mit einem Worte absolut. Weib, es kommt die Zeit, daß ihr weder auf diesem Berge noch in Jerusalem werdet anbeten, aber die wahrhaftigen Anbetern werden anbeten im Geiste und in der Wahrheit.“ (A. P. Z.)

Paris, 1. März. [Aus dem Senat.] In der gestrigen Sessionsitzung, in welcher die römische Frage verhandelt wurde, ergriff, nachdem Bonjeau und der Gabriac den auf Italien bezüglichen Paragraphen der Adresse bekämpft hatten, Laguerrière das Wort. Er gab einen geschicklichen Überblick über die verschiedenen Phasen, welche die italienische Frage durchgemacht habe, und stellte die Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes als eine Nothwendigkeit dar. Ihm zufolge ward Neapel mehr erobert, als einverlebt, und die früher bloß nationale Bewegung artete in eine revolutionäre aus. Der Nedner drückte seine Sympathien für Benedictus aus, meinte jedoch, die Befreiung Benedictus von der österreichischen Herrschaft müsse später das Ergebnis eines ehrenhaften Abkommens, nicht aber eines Krieges sein. Jeden Gedanken an die Rücknahme Roms wies er von sich und behauptete, Frankreich müsse in dieser Hinsicht gegen Italien in die Schranken treten. Die französischen Truppen müßten in Rom bleiben, bis die Gewalt der Thatsachen ein den Anforderungen der Willigkeit entsprechendes Abkommen zwischen dem König von Italien und dem Papste herbeigeführt habe. Wäre Graf Cavour nicht tot, so würde dies Ergebnis vielleicht schon jetzt erzielt sein. — Am nächsten Donnerstag findet im gesetzgebenden Körper die Diskussion über das den General Montauban betreffende Projekt statt.

[Tagesnotizen.] Die „France centrale“ hat heute wegen Veröffentlichung falscher, auf Erregung von Haß und Verachtung gegen die Regierung abzielender Nachrichten eine Verwarnung erhalten. — Die Vorlesungen, welche Eug. Pelletan über Malerei und Literatur der Renaissance-Periode in der Rue de la Pain hielt, sind verboten worden. — Den beiden Redakteuren der „Union“, Laurentie und Mac-Shee, soll wegen ihres vorgerückten Alters die gegen sie erkannte Gefängnisstrafe nachgelassen werden. — Die jungen Leute, welche im Quartier Latin arretiert wurden, sind bereits von dem Untersuchungsrichter verhört worden, welcher für die meisten derselben die Fortdauer der Haft angeordnet hat. — Der Kaiser geht diesen Abend auf den Ball des Grafen Morny, auf dem auch die meisten Deputirten erscheinen werden. Graf Walewski erscheint nicht, als Revanche dafür, daß Graf Morny den kostümierten Ball nicht besucht hat. — Der Kriegsminister soll dem Kaiser seine Aufwartung gemacht und sich bei dieser Gelegenheit gegen die Dotation des Grafen v. Palikao ausgesprochen haben. — Der Plan, Gemüsegärten anzulegen, die vom Militär bebaut werden sollen, hat sich im Lager von Châlons so bewährt, daß der französische Kriegsminister beschlossen hat, dieses System in allen Garnisonsstädten Frankreichs einzuführen. Binnen Kurzem wird jeder Garnison eine ausgedehnte Bodenfläche zugewiesen werden, welche von den Truppen mit Gemüse zu bebauen sein wird, und man erwartet, daß in Folge dieses Systems die Truppen bessere Nahrung erhalten werden, und daß die Kultur des Bodens derselben eine angenehme Erholung verschaffen werde. Diese Idee ist übrigens nicht neu, sondern den Römlern entlehnt.

Paris, 2. März. [Teleg.] Wie der heutige Moniteur meldet, hat das in Nantes erscheinende Blatt „L'Espérance du Peuple“ eine erste Verwarnung erhalten wegen einer Korrespondenz, von der gesagt wird, daß sie einen faktischen Geist athme und offenbar an Leidenschaften appellire, welche der bestehenden Ordnung der Dinge höchst feindselig seien. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Rom hat am vergangenen Freitag dagebst eine neue Manifestation stattgefunden, bei welcher die französischen Truppen beruhigend eingewirkt haben.

Belgien.

Brüssel, 28. Febr. [Aus der Kammer.] In der heutigen Kammeröffnung ist der Antrag Guilloty's auf Erhöhung des Kredits für Volksschulen mit 31 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Bemerkenswerth für die Parteistellung ist es, daß das

Kabinet diesen traurigen Sieg nur literalen Hülfsgruppen verdankt. Nachdem die Kammer alsdann in einstimmigem Gesamtvotum das Budget des Innern genehmigt hatte, vertagte sie sich zum Zweck der Karnevalserien auf Dienstag den 11. März. (K. 3.)

Italien.

Turin, 28. Febr. [Tagesnotizen.] Die „Perseveranza“ erklärt die Nachricht, als hätten Ratazzi, Farini und Minghetti sich für den Fall, daß eine Kabinetskrise eintreten sollte, verständigt, für unbegründet. — In Mailand wurde am 22. Februar das Urteil über die Tumultanten, welche vor einiger Zeit eine Spiritusfabrik angegriffen und sonstige Gewaltthaten verübt hatten, gefällt. Die Zahl der Angeklagten betrug 57; 5 wurden freigesprochen, die übrigen zu Kerker und Gefängnis (mit dem Maximum von 8 Jahren) verurtheilt. — Aus Neapel vom 25. Febr. wird von einem den Kontributen gegebenen großen Feste berichtet. — In Neapel plante am 28. Februar Abends am Theater San Carlo eine Bombe, richtete jedoch zum Glück keinen Schaden an. Der mutmaßliche Urheber dieses Anschlages auf die Ruhe der Stadt ward verhaftet.

[Befinden des Königs.] Das in Paris verbreitete Gerücht, daß der König Victor Emanuel frank gewesen ist, ist unrichtig. Der König war am letzten Donnerstag unwohl. Er ist heute vollkommen wieder hergestellt und hat sich auf das Land begaben.

[Schreiben Garibaldi's an die Studenten von Palermo.] Garibaldi hat an die Studenten von Palermo folgenden Brief gerichtet:

Capri, 1. Februar 1862. Meine Lieben! Ich muß zu Euch reden, wie zu Söhnen, weil ich Euch wie Söhne ansiehe und weil ich weiß, daß Eure Feuerseen den heiligen Funken bewahrt haben, der den Thron der Tyrannen in Asche verwandelt und auch die legten Neberriffe verzeihen wird. Die Ratten sind also wieder in Sizilien erschienen. Ich verfühere Euch, ich hatte das nicht geglaubt. Ohne Zweifel haben sie eine neue Brut geworfen, die abstammmt von jener unglücklichen Rattenfamilie, die ich im Palais untergebracht hatte, um sie der gerechten Wuth des Volkes zu entziehen. Verzeihet mir das. Auch ich habe Sünden begangen. Ja, der Ratten soll sich Niemand annehmen. Es giebt in Italien so viele Arten von Ratten; es sind die modernen Dämonen, und wie die alten Dämonen haben sie die Gabe, sich zu verwandeln. Sie sind gefährlich unter allen Formen, aber in Liberale verwandelt sind sie wirklich schädlich. Daher, junge Leute, nehmt Euch besonders vor diesen in Acht. Sizilien hat zweimal die Initiative ergriffen zu der großen italienischen Bewegung. Es muß mit Liebe die alte Mutter der Nationen erhoben aus dem Schlamm, in welchem Ratten mancher Art sie zurückhielten) betrachten, wie sie mit der Einken den hundertjährigen Schmutz, der ihr noch anklebt, abwischen, während sie, die Rechte an das Degenheit gelegt, sich versichern, ob die alte Klinge noch frei in die Scheide gleite, die sie zum letzten Male fortzuwerfen sich entschließt. So, junge Leute, wir werden bald die Scheide fortwerfen, um das Schwert erst einzufechten, wenn wir unseren Söhnen sagen können: „Unsere Mission ist geendigt, wir lassen Euch zurück als Herren des Stükcs Erde, welches die Führung Euch angewiesen hat.“ Euch, der Elite der Nation, liegt es ob, nicht nur das Volk zu den heiligen Schlachten zu führen, sondern auch es zu unterrichten, es durch Euren Rath zu schützen, daß die Ratten es nicht irre führen. Saget diesem kriegerischen Volk von meiner Seite, daß bei allen großen Akten der Nationen, wie derjenigen, den wir begonnen haben und den wir vollenden werden, unvermeidlich erbärmliche Persönlichkeiten dazwischen getreten sind, eine übermuthige und gierige Brut, die sich an das Steuer der öffentlichen Sache stürzt und sie verbraucht oder sie zum Scheiter wider Klippen führt. Die verfehlte Kaste der Privilegierten hat zu jeder Zeit die Nationen gequält und diese haben sie, der Leiden müde, in das Nichts geflüxt, aber fast immer sind solche Vertheidiger der Völkerrechte aus den Katastrophen hervorgegangen und haben durch ihre monströsen Ungeheuerlichkeiten die Restauration der Tyrannen wieder leicht gemacht. So lange ich am Leben bin, kann ich Euch raten. Fraget mich daher, so oft Ihr einen Entschluß fassen wollt, der für die nationale Sache von Wichtigkeit ist. Saget der Bevölkerung, daß ich stets im Geiste bei ihr bin, und wenn nötig, auch in Person da sein werde. Saget meinen braven Picciotti, sie möchten meiner gedenken, sie möchten auf keinen anderen Ruf hören, als auf den, mit dem wir zusammen die Feinde unseres Landes in die Flucht geschlagen haben. Saget Allen, sie möchten sich an den Feiertagen im Büchenschießen über und Italien und Victor Emanuel würden sie bald zum letzten Sammelpunkt rufen, wo man den Ratten den Gnadenstoß geben wird, mögen sie das Gesicht offen oder hinter einer Maske versteckt haben. Mit Zuneigung Euer Garibaldi.

Turin, 2. März. [Teleg.] Garibaldi ist in Genua eingetroffen; das Comité des Provedimento bereitet ein Bankett vor.

Rom, 24. Febr. [Briganten.] Die „Trierster Zeitung“ meldet von hier: „500 Bourbonisten, die den Winter über in Terracina geblieben, haben sich gegen die Provinz Frosinone gewandt, um die Bande Chiavone's zu verstärken.“

Rom, 25. Febr. [Demonstrationen; Geschenke.] Das Nationalkomite hat die Römer aufgefordert, die Karnevalsversammlungen aufzugeben und sich auf dem Platz von Rom antler GröÙe, auf dem Forum, zu versammeln. Zahlreiche Volkshäuser sind am Sonnabende dieser Einladung gesegnet;lein Ruf wurde erhoben. Die französischen und päpstlichen Gendarmen säuberten das Forum. Heute wiederholten sich diese Volksversammlungen; auch die Behörden hatten Vorlehrungen getroffen und es wurden Verhaftungen vorgenommen. — Der Kaiser von Oestreich hat dem Papste ein reiches Geschenk an Kirchenkostbarkeiten gemacht. — Der König von Bayern hat dem Papste die Glasmalereien geschickt, welche, für zwei Fenster des Batikans bestimmt, die Apostel Petrus und Paulus darstellen und wahre Meisterstücke sind.

Spanien.

Madrid, 1. März. [Der „Sumter“.] Der Lieutenant des „Sumter“ ist in Freiheit gesetzt worden; dieser und nicht der Kapitän war in Tanger verhaftet worden. Das Schiff liegt noch immer in Gibraltar und wird von Unionsschiffen scharf beobachtet.

Rußland und Polen.

Petersburg, 25. Februar. [Der Geldmangel Russlands] ist eine bekannte Thatache. Unter der Aufschrift: „Wo ist unser Geld geblieben?“ bringt die „Nordische Biene“ einen Artikel, in welchem sie diese Frage zu lösen sucht. Es heißt in demselben: „Da die Berichte über den auswärtigen Handel und die aus offiziellen Dokumenten geschöpften statistischen Nachweise über die Ein- und Ausfuhr durchaus keinen genügenden Aufschluß über den Ausfall in unserem gegenwärtigen Handel geben, müssen andere Verhältnisse in Erwägung gezogen werden. Dahin gehören: die besonderen Ermächtigungen zur zollfreien Einführung verschiedener Artikel für Aktiengesellschaften, den Schiffsbau und die Fabriken, die Zahlungen in baarem Gelde, welche durch die Post befördert werden, die Rimesse für Prozente und Amortisation der Reichsschulden, der ungeheure Geldverbrauch unserer Reisenden im Auslande, die Zahlungen für eingeführte Kontrebande u. s. w. Alles dies befindet sich nicht in den Rechenschaftsberichten unserer Zollämter, und daher können wir aus diesen nicht die genauen Gründe für unsere Verluste erkennen. Eine genauere Prüfung ergibt aber, daß im Laufe der letzten 4

Jahre unsere Aktiengesellschaften 93,300,000 S. R. (die Hauptgesellschaft russischer Eisenbahnen allein 48,000,000 S. R.) an das Ausland bezahlt haben. Rechnen wir, daß jeder der 12,000 Russen, die jährlich ins Ausland reisen, 1500 S. R. ausgiebt, so macht dies für 4 Jahre 72,000,000 S. R. aus. Da mindestens zwei Drittel der Rimesse für Prozente und zur Tilgung der Staatschulden ins Ausland gehen, so beträgt dies mindestens 20,000,000 S. R. jährlich, also 80,000,000 S. R. auf 4 Jahre. Der Preis der im Laufe eines Jahres als Kontrebande eingeführten Waren kann mit mindestens 8,000,000 S. R. veranschlagt werden, was für 4 Jahre auch noch 32,000,000 S. R. ausmacht. Diese Summen ergeben im Ganzen schon einen Verlust von 277,300,000 S. R. an baarem Gelde. Nehmen wir noch dazu, daß die Ausgaben des Kriegs- und Marineministeriums und der Oberverwaltungen der öffentlichen Wege und der Posten, welche ins Ausland gehen, jährlich 4,000,000 Silber-Rubel betragen, so kommen für den genannten Zeitraum noch 16,000,000 Silber-Rubel dazu; die obige Totalsumme steigt also auf 293,300,000 S. R. Geben wir zu, daß die Ausgaben der Regierung aus dem Metallreservefond bestritten und hierzu 100,000,000 S. R. verbraucht sind; wodurch werden aber die übrigen 193,300,000 S. R. gedeckt? Dazu kommt daß unsere Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsgesellschaften sowohl wie unsere Fabriken mehr eine Bestriedigung der inneren Bedürfnisse des Landes, als eine besondere Verstärkung des Ausfuhrhandels im Auge hatten, so daß durch sie in dieser Hinsicht äußerst wenig geschehen ist. Da die jährliche Ausbeute unserer Minen edler Metalle ungefähr 15 Millionen Rubel beträgt, so ist es wahr, daß wenn die Produktionskraft des Reiches nur so viel Waren nach den Zentren des Ausfuhrhandels schaffen könnte, um durch die Zahlungen an das Ausland zu decken, wir bald Überfluss an Gold- und Silbergeld haben müßten. Daher müßten denn auch wohl unsere legten Geldmittel auf den Bau solcher Eisenbahnen verwendet werden, welche den Ausfuhrhandel fördern.“

Petersburg, 27. Februar. [Die Adressdebatte im französischen Senat] hat, wegen des Passus, welcher die polnischen Sympathien ausdrückt, eine Erwiderung im „Journal de St. Pet.“ hervorgerufen (welche bereits telegraphisch angezeigt worden ist). Es war der Senator Larabit, der als erster Redner in der Sitzung vom 20. v. M. die Sympathien für Polen, mit mehr Gefühl als Sachkenntniß“ kundgab, wobei er an die generöse Gestaltung Kaiser Alexanders II. appellte, welche er durch seine liberalen Reformen, wie ganz Europa rühmlich anerkennt, allen anderen Theilen seines Reiches behältige; Larabit verlangt ein Bündnis, welches den Frieden Europas sicher stelle, indem es von dem Kaiser von Russland Milde und Schutz verlange für ein unglückliches Volk, das seinen Glauben und seine Nationalität heldenmäßig treu theile. Das Journal bedauert, daß Larabit (der einst in Gefahr war, mit dem Fürsten Poniatowski in den Fluten der Elster begraben zu werden) die ausgesprochenen Intentionen des Kaisers Alexander für Polen nicht besser zu würdigen vermag; jeder Unbeschogene wisse, daß nur die üble Gestaltung und der Revolutionsgeist es verhindert haben, wenn die wohlwollenden Anordnungen des Kaisers in dem Königreiche Polen, dem er seine ganze Huld und beständige Fürsorge bei so vielen Gelegenheiten erwiesen habe, nicht ausgeübt werden könnten; von der Loyalität und der Einsicht der Polen hänge ihre bessere Zukunft ab; Polen werde glücklich und blühend sein, wenn die gesunde Vernunft und das Pflichtgefühl lauter sprechen werden, als die unbesonnenen Leidenschaften, deren Ausregungen doch nur zu Katastrophen führen können. Der Kaiser widme allen seinen Völkern ein gleiches väterliches Wohlwollen; von den Polen hänge es ab, davon zu profitieren, aber die Menschen in Polen und auswärts, welche Polen zu nützen meinen, indem sie sich gegen Rechtsverhältnisse auslehnen, welche die Grundlagen des europäischen Gleichgewichts bilden, seien auf dem falschen Wege, der nur zu grausamen Täuschungen führen könne.

Griechenland.

Athen, 21. Febr. [Der Aufstand.] Man schreibt französischen Blättern von hier: Die Insurrektion sollte, wie es heißt, am 16. d. gleichzeitig in den Garnisonen von Nauplia, Patras, Missolonghi und Athen ausbrechen. Doch wurden am 10. Februar von dem Präfekten von Nauplia Briefe aufgefangen, was die Führer der Bewegung nöthigte, den Aufstand in dieser Stadt bereits am 12. zum Ausbruch kommen zu lassen. Dessenungeachtet konnten die aufgefangenen Briefe nach Athen gesandt werden, und durch sie erhielt die Regierung von der ganzen Verschwörung Kenntniß. In der Hauptstadt wurden sofort zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, u. A. wurden die Herren Kalisjona, Peralis und Delliorghi, alle drei Mitglieder des letzten ephemeren Cabinets Kanaris, festgenommen. In Nauplia sind die Führer der Oberstleutnant Artemis und der Oberstleutnant der Artillerie, Koroneo; ersterer befindet sich an der Spitze der Truppen und führt den Oberbefehl, und letzterer, welcher der Theilnahme an der politischen Verschwörung im Mai angelagt, aber noch nicht abgeurtheilt war und sich als Gefangener in der Zitadelle befand, ist jetzt Präfekt des Platzes. Außerdem sind der Artilleriemajor Zambra-Kaki, der Oberstleutnant Boggiani, Geschwisterkind des jüngsten Kriegsministers, und die Mehrzahl der Offiziere, welche eines Komplottes angeklagt, aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden waren, an der Bewegung von Nauplia beteiligt.

Asien.

[Verhältnisse in Japan.] Die englische Regierung hat dem Parlamente eine Reihe diplomatischer Aktenstücke über Japan vorgelegt. Der britische Gesandte in Jeddah, welcher in der selben detaillierte Berichte über den bekannten Angriff auf die Gesandtschaft mittheilt, schildert die Verhältnisse folgendermaßen: Es herrscht dort eine gerechte Stimmung gegen alle Europäer, doch scheint diese ausschließlich von den regierenden Kreisen herzurühren. Man hat uns, so schreibt er, während unserer letzten Reise ins Innere des Landes wie wilde Thiere angegriffen“, man hat nicht die geringste Theilnahme für die Ausländer, doch möchten die japanischen Geschäftsleute die angeknüpften Beziehungen nicht gern missen. Die feindliche Partei besteht aus den privilegierten regierenden Klassen, sammt denjenigen, die vermittelst feudaler Bande an sie geknüpft sind, und jenen verzweifelten Leuten, die sich ihnen anschließen. Die Politik der Regierung besteht darin, die Gesandtschaften zu isoliren, vielleicht bloß, damit diese aus lauter Verdruss das Land verlassen. Die ostasiatische Regierung besteht aus dem Tycoon und seinem Kon-

seil, hinter ihnen jedoch steht, in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt, der einzige anerkannte Souverän, der den Göttern entstammte Mikado, der zu heilig ist, um sich in die weltlichen Angelegenheiten des Staates zu mischen. Die mächtigen Daimios oder Prinzen, welche den Staatsrath bilden, sind der ihnen aufgedrängten auswärtigen Politik feindlich, und machen kein Hehl aus ihrem Verlangen, zur alten Isolierung zurückzukehren. Einige derselben erhalten ihre Belohnung unmittelbar vom Mikado und haben nie ihre Rechte vor dem Tycoon gebeugt. Letzterer ist noch jung, seine beiden Vorgänger waren ermordet worden, weil sie Trakte mit fremden Nationen abgeschlossen hatten; sein Kabinet ist bemüht, die Gegner zu versöhnen, weist aber die Rathschläge der ungestümen unter den Daimios zurück, obwohl er selbst die Fremden von Herzen gern los sein möchte. Abgesehen von dem Antagonismus der Japaner gegen Europäer im Allgemeinen trägt die Erinnerung an das Gebehr der vor 300 Jahren zuerst zugelassenen spanischen und portugiesischen Abenteurer, welche den Gewohnheiten der Eingeborenen nicht die mindeste Rücksicht bezeugten, viel zum Hass gegen alles Ausländische bei. Die japanischen Minister verlangen jetzt von der britischen Regierung, keine neuen Häfen vor Ablauf von 7 Jahren ihrem Unterthan zu erschließen, eine Bedingung, die sich mit unter den Traktatklauseln findet. Mr. Alcock meint nun, es stünden der britischen Regierung drei Wege offen: entweder einen Vorwand zu einem Kriege und zu einer Eroberungspolitik zu suchen, wozu schwerlich jemand raten werde. Oder das Land gänzlich zu verlassen, was doch auch nicht ratsam sei, nachdem die Handelsbeziehungen daselbst sich über Erwartungen vortheilhaft gestaltet. Oder endlich, und diesen Weg hält der Gesandte für den besten, ruhig abzuwarten, verhöhnlich aufzutreten und dabei für die Sicherheit der Gesandtschaft und der Kaufleute in Kanagawa durch eine Garde bestmöglich zu sorgen. Er schlägt ferner vor, daß die Mächte freien Zutritt zum Hafen Tsuruha erhalten sollen, bis ihnen die übrigen Häfen erschlossen werden, und daß für die bei der Attacke vom vorigen Juli verwundeten Herren Morrison und Oliphant eine Geldentschädigung gefordert werde. Mr. Alcock meldet als ein gutes Omen für die Zukunft, daß er neuester Zeit mit dem auswärtigen Gesandten (oder Minister?) konferieren kann, ohne daß einer der unverordneten Beamten zugegen wäre. — Lord Russell hat ihm angewiesen, auf dem von ihm vorgeschlagenen verhöhnlichen Wege zu verharren, jedoch keine Konzessionen ohne entsprechende Zugeständnisse von Seiten der Japaner zu machen und den Verkehr mit Japan auf keinen Fall aufzugeben, vielmehr auf dessen Ausdehnung eifrig bedacht zu sein. Im Ubrigen spricht er die Zufriedenheit der Regierung mit der bisherigen Haltung des Gesandten aus.

Amerika.

[Aus Buenos-Ayres und Montevideo.] Die Nachrichten aus Buenos-Ayres reichen bis zum 15. Jan. und die aus Montevideo bis zum 17. Jan. In ersterer Stadt hatte Präsident Witte die Leitung der Staatsgeschäfte übernommen, aber man hatte sich mit den verschiedenen getrennt geblieben Provinzen noch nicht einigen können. Trotz der Ruhe, deren sich das Land erfreute, war seine Zukunft doch immer ungewiß, und die Zahl der Personen, welche eine auf die Wünsche der Bevölkerung begründete dauerhafte und definitive Regierung zu organisieren wünschten, vermehrte sich mit jedem Tage. In Montevideo beharrte die Regierung darauf, den gerechten Reklamationen Frankreichs und Englands keine Folge zu leisten.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Der Bericht der Kommission des Herrenhauses über das Ministerverantwortlichkeitsgesetz empfiehlt verhältnißmäßig die Annahme des Entwurfs. Die in der Kommission beschlossenen Veränderungen bestehen hauptsächlich in Folgendem: In §. 2 ist der Passus, wonach eine Verabsiedlung nur „unter Zuwidderhandlung gegen ausdrückliche Gesetzesvorchriften vorläufig“ beginzen wird, gestrichen. §. 7. Der Ausschuß zur Verarbeitung der Anklage soll je 5 Mitglieder beider Häuser gebildet werden. Der Entwurf besagte 3 Mitglieder des Herrenhauses und 5 des Abgeordnetenhauses. §. 8. Der Ausschuß soll beschlußfähig sein, wenn wenigstens 7 seiner Mitglieder anwesend sind. §. 13. Die Verwerfung der Anklage muß von wenigstens 10 Mitgliedern eines Hauses (nicht von einem) in Antrag gebracht werden. §. 18. Die Kommission zur Abfassung der Anklageschrift muss aus fünf Mitgliedern jedes Hauses bestehen. Die Beschlüsse, die Anlagegefecht und die Aktionen werden an den ersten Präsidenten des Obertribunals gesandt. §. 19. Ein Antrag auf Zurücknahme, nachdem die Gerichtsverhandlung eingeleitet ist, muß im Herrenhaus von mindestens 20 (nicht 10) im Abgeordnetenhaus von mindestens 15 (nicht 10) Mitgliedern schriftlich eingebracht werden. §. 33. Die Kommissionen haben die Staats-Anwaltschaft nur in soweit auszuüben, als sie die Durchführung der Anklage betreffen. Die sonstigen Verrichtungen liegen dem General-Staatsanwalt ob. §. 41. Der Gerichtshof kann auf Einschließung bis zu 5 Jahren und zeitige Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter erkennen. (Der Denor der Vorlage: „Die Verurtheilung hat Kraft des Gesetzes den Verlust des Amtes als Minister und die Unfähigkeit des Verurtheilten zur abermaligen Bekleidung eines Minister-Amtes zur Folge“, ist gestrichen.) §. 45. Die zeitige Unfähigkeit soll niemals im Wege der Gnade ganz oder teilweise aufgehoben werden. (Die Vorlage der Regierung besagt, daß das Begnadigungsberecht niemals dahin ausgedehnt werden soll, daß einem Minister wieder sein aberkanntes oder ein anderes Ministeramt übertragen werde.)

Haus der Abgeordneten.

— Der Gesetzentwurf, betreffend die ländliche Polizeiverwaltung in den östlichen Provinzen, wie er aus den Berathungen der Kommission hervorgegangen, lautet: §. 1. Die mit dem Besitz eines Guts verbundene ortsübliche Gewalt wird aufgehoben. §. 2. Verhofs der Polizei-Verwaltung wird jeder Kreis, mit Ausnahme der Städte, in Amtsbezirke geteilt. Die Bildung dieser Bezirke erfolgt innerhalb bekannter, nach Publikation dieses Gesetzes durch den Minister des Innern nach Anhörung der betreffenden Kreistage. Über künftige Veränderungen der Amtsbezirke ist zuvor der Amtshaupmann und der Kreistag zu vernehmen. §. 3. Der Regel nach wird der Amtsbezirk aus mehreren Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirken, oder, wo es die örtlichen Verhältnisse nötig machen, lediglich aus einer Mehrzahl der ersten oder einer Mehrzahl der letzten gebildet. Ausnahmsweise kann jedoch auch aus einer Landgemeinde allein ein Amtsbezirk gebildet werden, wenn die Erblichkeit des Umsanges oder, die Einwohnergemeinde eine solche Abweichung von der Regel beider rechtfertigt. §. 4. Wenn es hierbei zur Herstellung einer genügenden Polizeiverwaltung notwendig ist, können durch den Minister des Innern nach Anhörung des Kreistags, sowie der beteiligten Gemeinde oder der Vertreter der betreffenden Gutsbezirke erforderlich. §. 5. In dem Amtsbezirk wird die Polizei im Namen des Königs von einem Amtshaupmann als ein Ehrenamt verwaltet. §. 6. Der Amtshaupmann wird vom Könige auf den Vortrag des Kreistags ernannt. Zu Amtshaupmannen können nur geachtete Männer, welche innerhalb des Amtsbezirks ihren festen Wohnsitz haben, in Vortrag gebracht werden. Für jeden Kreis ist von dem Kreistage eine alljähr-

lich zu ergänzende und zu berichtigende Liste der zu Amtshauptleuten geeigneten Männer aufzutunten. §. 7. Für jeden Bezirk wird nach den für die Ernennung des Amtshauptmanns geltenden Bestimmungen (§. 6) ein Stellvertreter des Letzteren ernannt. Ist der Amtshauptmann vorübergehend an der Wahrnehmung seiner Amtsgeschäfte verhindert, so hat der Stellvertreter dieselben zu übernehmen. Der Landrat ist hiervon sogleich zu benachrichtigen. Erledigt sich das Amt des Amtshauptmanns, so tritt bis zur Ernennung seines Nachfolgers, welcher von dem nächsten Kreistage vorzuschlagen ist, der Stellvertreter für ihn ein. §. 9. Der Amtshauptmann und der Stellvertreter werden vom Regierungspräsidenten oder einem Kommissar derselben vereidigt. Die Erneuerung erfolgt auf sechs Jahre, erlischt aber, wenn der Ernannte seinen Wohnsitz aus dem Amtsbezirke verlegt. Nach Ablauf jener Frist ist die Erneuerung des Auftrages zulässig. Nach dreijähriger Verwaltung des Amtes kann dasselbe niedergelegt werden. §. 9. Findet sich im Amtsbezirke keine zur Amtshauptmannschaft geeignete und bereitwillige Person, so hat, wenn auch der darüber zu vernehmende Kreistag eine solche nicht bestimmen kann, die Regierung einen Amtskommissar zu ernennen. Derselbe verwaltet die Polizei im Amtsbezirke nach den in gegenwärtigem Gelege für die Polizeiverwaltung des Amtshauptmanns enthaltenen Bestimmungen und ist dabei in allen Beziehungen der Dienstaufsicht des Landrats unterworfen. §. 10. Die persönliche Dienstdisziplin über den Amtshauptmann und Stellvertreter gebürt der Regierung. Beschwerden gegen Verfügungen des Amtshauptmanns sind bei dem Landrat anzubringen. Die Entscheidung darüber steht der Regierung zu. Der Landrat hat auch ferner die gesamte Polizeiverwaltung im Kreise zu überwachen. Die Berichte der Amtshauptleute, sowie die Regierungsvorführungen an sie gehen durch die Hand des Landrats. §. 11. Dem Amtshauptmann liegt die Verwaltung der Polizei, soweit sie nicht durch besondere Gesetze dem Landrat oder andern Beamten übertragen ist, in dem Amtsbezirke ob, insbesondere also die Verwaltung der Sicherheits-, Gefinde-, Armen-, Held-, Feuer-, Wege-, Gewerbe- und Baupolizei u. s. w. §. 12. Dem Amtshauptmann wird die nach Art. 6 des Ergänzungsgesetzes vom 21 Mai 1855 zutreffende revolutionäre Entscheidung, das Recht der Nebwerbung eines Arbeitschweins in ein Arbeitshaus (Art. 11—16 ebd.), die Erteilung und Verlängerung von Konzessionen zum Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft, wie zum Kleinhandel mit Getränken und die Erteilung des Konzesse zu neuen Ansiedlungen übertragen. §. 13. Dem Amtshauptmann steht das im §. 5 seg. des Gesetzes vom 11. März 1850 der örtlichen Polizeiverwaltung für den Umfang einer Gemeinde ertheilte Recht zum Erlaß von Polizeistrafverordnungen zu. §. 14. Der Schulze (Gemeindeworsteher) ist die nächste Obrigkeit des Gemeindebezirks und das Organ des Amtshauptmanns für die Polizeiverwaltung. Er hat vermöge dessen das Recht und die Pflicht, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein sofortiges polizeiliches Einschreiten notwendig macht, das dazu erforderliche vorläufig anzurufen und auszuführen zu lassen. §. 15. Der Schulze (Gemeindeworsteher) hat das Recht und die Pflicht: 1) der vorläufigen Festnahme und Verwahrung einer Person nach den Vorschriften des §. 2 zu 1 und §. 6 des Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 12. Febr. 1850, er hat aber von einer solchen Festnahme sofort und spätestens im Laufe des Tages, an dem sie erfolgt, dem Amtshauptmann Anzeige zu machen, welcher über die Aufrechterhaltung der Gewahrsam ungefähr zu entscheiden und das weitere nach den Vorschriften jenes Gesetzes anzurufen hat; 2) der Beaufsichtigung der unter Polizeiaufsicht stehenden Personen; 3) die ihm vom Amtshauptmann, der Staats- oder Polizeianwaltschaft aufgetragenen polizeilichen Maßregeln und Verhandlungen auszuführen und aufzunehmen; 4) die im §. 8 seg. des Gesetzes über die Aufnahme neu anziehender Personen, vom 31. Dezbr. 1842 vorgeschriebene Meldung entgegenzunehmen, die im §. 31 des Gesetzes über die Verpflichtung zur Armenpflege vom 31. Dezbr. 1842, wie im Art. 4 des Ergänzungsgesetzes vom 21. Mai 1855, der Obrigkeit auferlegte Anzeige zu machen und alle zur Leistung der gesetzlichen Armenpflege unausstiebar erforderlichen Anordnungen vorläufig zu treffen; 5) die Erlaubnis Erteilung zur Abhaltung von Tanzmusiken, sofern der Obrigkeit nicht selbst Schankwirth ist. §. 16. Für den Bereich eines selbständigen Gutsbezirks ist der Besitzer des Guts zu den Pflichten und Leistungen verbunden, welche den Gemeinden für den Bereich ihres Gemeindebezirks im öffentlichen Interesse gesetzlich obliegen. Derselbe hat insbesondere die in den §§. 14 und 15 aufgeführten Pflichten und Rechte auszuüben, wozu er durch den Landrat zu veredigen ist. Hat der Besitzer des Gutes nicht seinen beständigen Aufenthalt in diesem Bezirk, oder ist er persönlich näher Stande, die bezeichneten Pflichten zu erfüllen, so hat er zu diesem Zwecke einen im Gutsbezirk dauernd sich aufhaltenden zur Übernahme des Amts befähigten Vertreter, der durch den Amtshauptmann zu vereidigen ist, oder den Gemeindeworsteher einer benachbarten Gemeinde zu bestellen. Ist der Besitzer der bürgerlichen Ehrenrechte für immer oder zeitweise vorläufig erklärt, so steht der Bezirksregierung die Ernennung des Vertreters aus Kosten des Besitzers zu. Ehefrauen werden rücksichtlich der angeführten Rechte und Pflichten vermöge des Gesetzes durch den Ehemann vertreten, Kinder unter väterlicher Gewalt durch den Vater, Pflegebefohlene durch ihren Vormund oder Kurator. Für vorübergehende Behinderung des Besitzers oder seines Vertreters hat der Amtshauptmann in Betreff der Wahrnehmung des Amtsbürgerschaften desselben Anordnung zu treffen. §. 17. Der Amtshauptmann verwaltet sein Amt unentgeltlich, ist aber berechtigt, eine Amtsunterschärfung zu beanspruchen, welche nach vorgängiger Vernehrung des Kreistages von der Regierung festgelegt wird. Diese Entschädigung, die etwa einem kommissarischen Amtsverwalter zu gewähren, ihrem Betrage nach gleichfalls von der Regierung festzuhaltende Remuneration, so wie alle sonstigen Unkosten der Polizeiverwaltung sind von den Amtsbezirken aufzubringen. Die Art der Aufbringung und der Maßstab der Vertheilung werden durch einen von der Regierung zu bestätigenden Kreistagsbeschluss festgelegt. Durch Beschluss des Kreistages können die Kosten der Polizeiverwaltung den Amtsbezirken ganz oder teilweise ab und auf den Kreis mit Auschluß der Städte übernommen werden. §. 18. Die vom Amtshauptmann, dem Stellvertreter oder kommissarischen Amtsverwalter endgültig festgesetzten Geldbüchsen und Konfiskata fließen zur Kreiskommunalkasse. Die Summe der hieraus erwachsenden Einnahmen wird auf die einzelnen Amtsbezirke nach Verhältniß der Bevölkerung verteilt. Wenn in Ansehung gewisser Übertretungen besonders bestimmt ist, wohin die durch dieselben verwitterten Geldbüchsen oder Konfiskata fließen sollen, so hat es bei dieser Bestimmung sein Bewenden. §. 19. Die Kassenverwaltung für die Polizeikosten und Einnahmen nach den vorstehenden Bestimmungen wird von der Kreiskommunalkasse geführt. §. 20. In den Fällen des §. 4 erfolgt die Auseinandersetzung zwischen den Bevölkerung rücksichtlich der Beitragspflicht zu den Kosten der Polizeiverwaltung durch die Bezirksregierung. §. 21. Zur Veräußerung von Grundstücken und Gerechtigkeiten einer bisher der Obrigkeitlichkeiten Gewalt unterworfen gewesenen Gemeinde, so wie zu Schulden, welche die Gemeinde verpflichtet sollen, ist fortan die Einwilligung der Bezirksregierung notwendig. Die Gemeindeworsteher (Schulzen u. c.), Schöppen (Gerichtsleute) und die Vertreter nicht qualifizierter Erb- oder Lehnschulzen werden von der Gemeinde aus der Zahl der Gemeindemitglieder gewählt und vom Landrat, nach vorgängigem Gutachten des Amtshauptmanns, bestätigt und vereidigt. Wird die Bestätigung verfagt, auch die zweite Wahl nicht bestätigt, so ernennt der Landrat einen Stellvertreter, bis die Gemeinde eine zur Bestätigung geeignete Person wählt. §. 21. Die dem Gemeindeworsteher zu gewährende Dienstunterstützung wird innerhalb der von der Regierung bekannt zu machenden Normalfälle vom Landrat festgelegt und von der Gemeinde aufgebracht. Landdotationen, welche für die Verwaltung des Schulzamts ausgewiesen sind, können auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes nicht zurückfordert werden. In Gemeinden, in welchen die Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzamts an den Besitz gewisser Grundstücke (Erb-Lehnschulzengüter) geknüpft ist, bleiben bis zur erfolgten Regulierung des Real Schulzverhältnisses rücksichtlich der etwaigen Dienstunterstützung des Erbschulzen, beziehungsweise der Remuneration eines Stellvertreters, die bisherigen Bestimmungen in Kraft. §. 23. Die Vereinigung eines ländlichen Gemeindebezirks und eines selbständigen Gutsbezirks (§. 1, Al. 3 des Gesetzes vom 14. April 1856), betr. die ländliche Gemeindeverfassung in den 6 östlichen Provinzen der Monarchie, Ges. Samml. S. 359) kann nach den Vorschriften des §. 2 derselben Gesetzes mit Zustimmung der befehligen Gemeinden und des befehligen Gutsbesitzers durch die Bezirksregierung erfolgen. §. 24. Für jeden Kreis wird die erfolgte Bildung der Amtsbezirke und Ernennung der Amtshauptleute und Stellvertreter durch Amtsblatt-erlaß zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Bis zur Publikation dieses Erlasses bleiben die rücksichtlich der örtlichen Polizeiverwaltung bestehenden Vorschriften in Kraft. Der Zeitpunkt, mit welchem das gegenwärtige Gesetz in der Provinz Posen oder in einzelnen Kreisen derselben in Kraft tritt, wird durch königl. Verordnung bestimmt, bis zu deren Erlaß es hinsichtlich der Polizeiverwaltung in den betreffenden Landesbezirken bei den jetzt bestehenden Gesetzen beweilt. §. 25. Die zur Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes erforderlichen Anordnungen und Instruktionen hat der Minister des Innern zu erlassen. §. 26. Alle dem gegenwärtigen Gesetz zugrundeliegende Bestimmungen, insbesondere auch das Gesetz über die ländlichen Obrigkeitlichkeiten in den 6 östlichen Provinzen der preußischen Monarchie vom 14. April 1856 (Ges. Samml. S. 354) werden aufgehoben.

Aus dem Petitionsbericht der Unterrichtskommission entnehmen wir noch Folgendes: Der Oberlehrer am Gymnasium zu Hohenstein, Dukek, wendet sich unter dem 2. Jan. d. J. in einer Petition, die der Abg. Freiherr v. Hoverbeck überreicht bat, an das Haus der Abgeordneten mit einer Vorstellung, wonin er die übeln Folgen derjenigen Verordnungen bepricht, die den Gymnasiasten zur Pflicht machen, das häusliche Leben ihrer Schüler zu beaufsichtigen; es sei dies eine Forderung theoretischer Pedagogik, die sich theoretisch beitreten lasse, in der Praxis aber Schwierigkeiten veranlaße, an die man nicht gedacht, und Erfolge herbeiführe, die man nicht erwartet habe; die Pfleger der Schüler fänden darin ein Misstrauen gegen ihre eigenen Beaufsichtigung, fühlten sich in ihrer Häuslichkeit geniert und sähen daher solche Besuchs „überall“ ungern; den Lehrern selbst sei die Erfüllung dieser Vorschrift peinlich, weil sie wüssten, daß sie nicht gern gehalten würden. Dabei sei es aber in Hohenstein nicht geblieben, sondern „ein Hausherr“ habe einen Lehrer, der einen solchen Besuch zu ungelegener Zeit mache, auf eine nicht misverständlich Weise und unter dem schallenden Gelächter der Schüler hinauskommentirt. Darüber seien lebhafte Erörterungen an öffentlichen Orten entstanden, und er habe gehört, daß angehende Personen dergleichen Besuchs eine Spionage genannt, als einen Eingriff in ihre Haustreue bezeichnet und eine Zurückweisung derselben in „summarischer Form“ in Aussicht gestellt hätten. Den größten Eindruck auf ihn habe aber folgender Vorgang gemacht: Der Pfleger mehrerer Gymnasiasten äußerte, er warte nur auf den kontrollirenden Besuch eines gewissen Lehrers, um demselben in Gegenwart der Schüler die Thüre zu weisen. Der betreffende Lehrer, dem dies zu Ohren kam, erkundigte sich bei rechtstümlichen Personen, ob er gegen einen so groben und unmotivierten Angriff auf sein amtliches Ansehen einen gesetzlichen Schutz in Anspruch nehmen könnte. Dies wurde ihm verneint und die Belehrung hinzugefügt, daß er selber dem Gesetz verfalle, wenn er auf die erste Ansforderung des Hausherrn das Haus nicht verlässe. Er hat in Folge von Reklamationen und wegen gegen ihn verfügter Strafen an das Haus die Bitte gestellt, zu erklären: daß die gegen ihn erlassenen Beschlede des königl. Provinzial-Schulkollegiums zu Königsberg vom 11. August 1856 und 18. Mai 1861 in Betreff der Hausbesuch der Lehrer mit den Gelegenheiten des preußischen Staates nicht im Einklang stehen. Im Verlaufe der Diskussion hatte die Kommission die Ueberzeugung gewonnen, daß die vorstehenden Behörden in ihrer neueren Verfügung vom 18. Mai 1861 dem Petenten weder einen Eingriff in das Recht der Eltern, noch ein gefährliches Eindringen in die Häuser zugemutet und damit zugleich die unrichtige Auffassung, von der eine ältere Verfügung vom 11. August 1856 ausgegangen war, selbst verlassen haben; sie war demgemäß auch der Ansicht, daß den Petenten kein Grund vorlag, auf dieselbe wieder zurückzutreten, um so weniger, da er seiner Zeit einen Rechtsdurchsetzung nicht erhoben hatte. Ob die disziplinarischen Maßregeln, die der Petent seit dem 11. August 1856 angeblich zu ertragen hatte, ihm nur wegen seines Widerstrebens gegen die Befolzung jener älteren Verfügung getroffen habe, ist nicht ersichtlich; es geht vielmehr aus dem Inhalt der neueren Verfügung vom 18. Mai 1861 mit großer Wahrscheinlichkeit hervor, daß ihm auch noch andere Beschuldigungen in Beziehung auf die Erfüllung seiner Amtspflichten gemacht worden und Gegenstand der Disziplinar-Untersuchung gewesen sind; übrigens fügt er auch selbst ausdrücklich hinzu, daß er sich über derartige Maßregeln niemals beschwert habe. Die Kommission beantragt demnach, über die Petition des Oberlehrers Dukek zur Tagesordnung überzugehen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 4. März. [Nationalbank] Se. R. H. der Kronprinz hat im Namen Sr. Maj. des Königs, des Allerdurchdringlichsten Protectors des Nationaldanks für Veteranen, den Gasthofbesitzer M. Hirschberg zu Schildberg zum Ehrenmitgliede der genannten Stiftung ernannt.

Neustadt b. P. 3. März. [Geschäftliches; Gesundheitszustand; Musterung.] Im Wollgeschäft scheint es etwas reger zu werden. In den letzten Tagen war wiederum ein Großhändler aus Sagan hier und in Pinne; indeß wurden doch nur wenig Verläufe geschlossen, da die Eigentümner sich der Hoffnung hingaben, nach der Frankfurter Messe bessere Preise zu erzielen. Ein kleiner Posten ordinärer Wolle wurde hier mit 55 Thlr. verkauft, für welche im vorigen Jahre 65 Thlr. erzielt worden. Das Kontraktgeschäft geht sehr träge; in diesen Tagen wurde auch neue Mittelwolle in den 60. Thln. kontrahirt. Die hiesigen und Pinne'schen bestehen aus Hochmittel- und Mittelwollen, wovon schöne Stämme anzutreffen sind. — Der Gesundheitszustand hier wie in der Umgebung ist keineswegs günstig; rheumatische und Lungenerkrankungen sind an der Tagesordnung. Der Verlauf der Krankheiten war indes bis jetzt günstig. — Die Musterung der Militärpflanzigen vor der Kreis-Ersatzkommission im Kreise Samter wird stattfinden: am 1. Mai in Duznik, für die Distrikte Bythin und Duznik; am 3. Mai in Pinne für die Stadt und den Distrikt Pinne; am 5. Mai in Wronke, für die Städte Wronke, Neubrück und Schakendorf, sowie für den Distrikt Wronke; am 6. Mai in Samter, für die Städte Oberstifts- und Samter, sowie den Distrikt Samter, und die Wosung der 20-jährigen Altersklasse (1842 Geborenen) für den ganzen Kreis Samter am 7. Mai in Samter.

E Gzin, 3. März. [Statistisches; versagte Bestätigung.] Im vergangenen Jahre wurden im hiesigen evang. Kirchspiel, zu welchem 70 Orte mit 5500 Seelen gehören, 272 Kinder geboren, 40 weniger als in jedem der beiden vorherigen Jahre. Es waren 141 Knaben, 131 Mädchen, (darunter 14 unehelich, 14 Idioten und 2 Zwillingssäuglinge). Gestorben sind nur 162 Personen, wovon 18 über 60 Jahr, 14 über 70 Jahr, 3 über 80 Jahr alt. An den natürlichen Pocken starben 3 Erwachsene und 4 Kinder, durch Mord 1 Person, durch Eritiken 2 Personen. Mehr geboren als gestorben sind sonach 110. Getraut wurden 51 Paare, konfirmirt 81 Kinder. — Für unsere Stadt wurde der Kaufmann H., ein Israelit, zum Schiedsmann gewählt. Die Bestätigung ist allerdings verfagt worden, nicht aber seines israelitischen Bekennnisses wegen, sondern, wie man hört, aus anderen Gründen.

Personal-Chronik.

Bromberg, 3. März. [Personal-Chronik] bei den Justizbehörden des Bromberger Departements. Ernennungen: die Appellationsgerichts-Referendarien Staudy und Manske zu Gerichts-Assessoren; dem Gerichts-Assessor Jäger in Dramburg ist die Verwaltung einer Richterstelle bei dem königl. Kreisgericht in Schneidemühl übertragen worden; der bisherige interimistische Staatsanwalt-Gehülfen Reinkling zu Lobsens ist in das Departement des königlichen Appellationsgerichts zu Münster versetzt und die Verwaltung der Staatsanwalt-Gehülfenstelle in Lobsen vom 1. Februar c. an dem Gerichtsassessor Kotzen übertragen; die Hülf.-Exekutoren und Boten: der frühere Gefreite Gottfried Matern und der früher Gefreite Franz Bloch sind zu etatsmäßigen Exekutoren und Boten, ersterer bei dem königlichen Kreisgericht in Gnesen, letzterer bei dem Kreisgericht in Schneidemühl ernannt worden. — Versetzungen: der Kreisgerichts-Direktor Höne zu Wongrowitz ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Spandau und der Gerichtsassessor Boswinkel aus Wesel ist aus dem Departement des königlichen Appellationsgerichts zu Hamm in das diesseitige Departement versetzt worden.

Vermischtes.

* Danzig, 1. März. [Eine Volks-Abstimmung über die Militär-Vorlagen.] Der Ober-Schulze Hein in Müggenhahl hatte am 4. Februar ein Zirkular erlassen, welches derselbe in Begleitung der bekannten Artikel in der „Stern-Zeitung“ über die Militär-Vorlagen in den verschiedenen Dorfschaften seines Bezirks kündigten ließ. Ein zweites Zirkular derselben Ober-Schulzen, auf welchem zugleich verschiedene Einzel-Vota der Kreis-Eingesessenen über die Militär-Vorlagen vermerkt sind, lautet, wie es der „D. Z.“ in der Abschrift zugegangen ist, wie folgt: „Müggenhahl, 13. Februar. Im Auftrage der landräthlichen Verwaltung werden die benannten Schulzämter aufgefordert, zur Auflösung über die Militärfrage, d. h. über die durch den Königs Majestät befohlene Vermehrung des stehenden Heeres, durch welche vor allem der verheirathete Landwehrmann vor einer schon bei einer bloßen Aussicht auf Krieg früher notwendig gewesenen Einberufung zur Fahne bewahrt und vor seiner häuslichen Beschäftigung sicher gestellt wird. Zur Auflösung ist ein Exemplar zur Übersicht, wer der Umformung unseres Heeres absichtlich oder unabkömlich geneigt ist; und bitte das Zirkular der Tour nach zu befördern und um deutliche Erklärung, und den Tag zu benennen, wenn dasselbe bei jedem erscheinen ist, und von Letzterer retour. Bei der Schulz zu Rostau das erste Zirkular der Tour nach befördert hat und das Exemplar nach acht Tagen mir zurückgeschickt hat, deshalb muß ein zweites verabfolgt werden, daher bitte dasselbe beim Zirkular beibehalten zu wollen. Hein, Ober-Schulze.“ — „Mir ist der Inhalt des vorstehenden Schreibens des Hrn. Ober-Schulzen ganz

verständlich und bitte ich die landräthliche Verfügung beizulegen. Meller, Superintendent.“ — „Der selbe Ansicht ist Richard Hering, Apotheker.“ —

Durch die neue Militär-Organisation soll nicht allein eine Vermehrung des stehenden Heeres bezweckt werden, sondern auch und hauptsächlich eine neue und bessere Einrichtung des Heeres stattfinden. Aus eigener Erfahrung weiß ich es, als die Landwehrmänner von Haus und Hof weg mühten, sie noch dazu von den jüngeren Leuten, welche zurückblieben, weil das stehende Heer vollzählig war, verhöhnt wurden. Aus diesen Gründen und weil es mein König und Herr will, bin ich dafür. H. Neumann.“ — „Meine Ansicht ist die Hälfte des Militärs abzuschaffen. Hein.“ — „! ? Drewke.“ — „Ich bin der Ansicht, daß das stehende Heer wohl die Größe haben, jedoch die Mannschaften nur 1 bis 1½ Jahr dienen möchten. Barthel.“ — „Ich stimme vor die Militärfragen. Bob. Schink.“ — „Ich stimme nicht für die Militärfragen. Fr. Fehner.“ — „Ich stimme für ¼ des Militärs. Schulz, Zimmermtr.“ — „Ich stimme für die Militärfragen. F. Gärtner.“ — „Die Größe des stehenden Heeres würde wohl genügend sein, das Vaterland zu verteidigen, nur daß die Mannschaften 1½ Jahr dienen möchten. Glaaser (?)“ — „Ich stimme nicht für Militärfragen. B. Schulz.“ — „Ich stimme nicht für die Militärfragen. Hinz.“ — „Ich stimme nicht für die Militärfragen. Friedland.“ — „Ich stimme mit die meisten stimmen. Janzen.“ — „Ich glaube, bei der jetzigen Eisenbahnseinrichtung würde wohl Militär genug sein. Jedoch stimme ich für den Befehl Seiner Majestät Möhring.“ — „Aus vorstehenden Unterschriften geht wohl zur Genüge hervor, wozu dergleichen Volks-Abstimmungen führen und wäre es deshalb wünschenswerth zuerst aufzuklären, warum es sich handelt? Dr. Wiedemann.“ — „Ich stimme der Aussage des Herrn Dr. Wiedemann vollständig bei. H. M. Krüger.“ — „Ohne Einsicht der landräthlichen Verfügung ist mir der Zweck obigen Birkulars unverständlich. Dr. Lewton.“ — „Ich stimme vors Militär. Birr.“ — „Man sieht hieraus, daß das „Suffrage universel“ auch unter der Regierung eines preußischen Landrats in einer verborgenen Ecke des deutschen Nordostens seine Bewunderer und Nachahmer gefunden.

* Düsseldorf. Die Angelegenheit wegen des Bankdieners Reichenow ist, nach der „Ger. Ztg.“, nunmehr vollständig aufgeklärt. Reichenow ist bei seinen Verhören in Paris dabei stehen geblieben, daß er bei dem Zigarrenhändler Sander wirklich mehrere Monate lang in Düsseldorf versteckt gewesen sei. Er hat sogar eine Zeichnung der Sanderschen Wohnung in Paris angefertigt und eine Tabakspfeife vorgezeigt, welche ihm Sander nach Paris mitgebracht hat. Die Zeichnung der Sanderschen Wohnung hat sich als richtig ergeben, eben so ist ermittelt, daß Sander die betreffende Pfeife in Düsseldorf gekauft hat. In Folge dessen fand am 25. d. unter persönlicher Leitung des Instruktionsrichters eine überaus sorgfältige Haussuchung in der Sanderschen Wohnung statt. Bei dieser entdeckte man hinter einer Tapetenföhre den Versteck, in welchem sich Reichenow in einer so eigenhüttlichen Weise Monate lang verborgen gehalten hatte. Man fand die unzweifelhaften Spuren des Reichenowschen Aufenthalts, sogar das Konzept eines Briefes, den Reichenow an seine Frau geschrieben hatte. Reichenow tröstet in diesem Briefe seine Chefin und verspricht ihr eine glänzende Zukunft. Nach diesem Befunde brach Sander, der bisher mit der größten Hartnäckigkeit geleugnet hatte, zusammen und legte ein offenes Geständnis ab. Als Frucht desselben fand man in seinem Hause versteckt sofort noch 10.000 Thlr. in Banknoten vor. Der Transport des Sander nach Paris, um denselben dem dortigen Wirths des Reichenow vorzustellen, wird nunmehr unterbleiben. Das Gericht hatte diese Maßregel bereits beschlossen. Die Chefin des Reichenow war mit ihren Kindern unmittelbar nach dem Verlust des Mannes nach Berlin zu ihrem Vater gezogen. Reichenow wird in etwa 14 Tagen in Düsseldorf erwarten. Die Formalitäten der Auslieferung dürfen bis dahin erledigt sein. Es besteht zwischen Frankreich und Preußen ein Auslieferungsvertrag vom 20. August 1845. Nach dessen Inhalt werden folgende Verbrecher unzweifelhaft ausgeliefert: 1) Meuchelmörder und Personen, welche Nothzucht verübt haben, 2) Brandstifter, 3) Fälscher, 4) Falschmünzer, 5) Meineidige, 6) Diebe, 7) öffentliche Kassenbeamte, welche die ihnen anvertrauten Gelder unterstellt haben. Reichenow gehört unzweifelhaft in die Kategorie Nr. 7. Nach derselben Konvention werden auch alle Gelder ausgeliefert, welche bei Reichen

royal mit 77,938, Gymnase mit 75,126, Variétés mit 73,548 Ths. z. an; Bouffes parisiens figurirten auf der Liste mit 34,881 und Odéon mit 34,867 Ths. Im Ganzen haben die Pariser Theater im Jahre 1861 1,282,376 Ths. an Autorengebühren ausgegeben.

* Die erste Aufführung der „Reine de Saba“ von Gounod fand am 28. Februar in der großen Oper zu Paris statt. Einige Chöre, namentlich ein Frauenchor sprachen sehr an; im Übrigen fand man die Musik zu einstimmig. Der Kaiser und die Kaiserin waren anwesend.

* Es haben die näheren Untersuchungen des den Sturz drohenden Berges „Anette und Lubin“ in Spa ergeben, daß vor der Hand sich nichts thun lässt. Nach dem Erdbeben, das 1828 Belgien heimte, beobachtete man die ersten Klüftungen des Berges, von dem schwere Felsmassen herabstürzten, wie das auch 1850 der Fall war. Die von den Anwohnern gemachten Schuhmauern können, wie leicht denkbar, dem Druck der Steinmassen nicht widerstehen.

* Der „Berl. A. Z.“ wird aus Stockholm das Kuriösum gemeldet, daß die Baptisten bei 14 Grad Kälte im offenen Flusse drei Frauen und einen ältlichen Mann getauft haben. Die Läufinge trugen bei dieser Prozedur nur ein langes weißes Hemd.

* Auf Veranlassung von Rüdesheimer Mitgliedern des Nationalvereins, die zum Theil sehr ausgedehnten Geschäften vorstehen, wird nach dem „Ab. K.“ von den Deutschen in Shanghai seit vor-

gem Herbst die Vereinswohnschrift gehalten, und es ist daraufhin auch dort eine Flottensammlung angeregt worden, welche, als die letzten Nachrichten dorther einfließen, eben erst begonnen und doch schon ein Ergebnis von 2500 Doll., also 6250 fl., gefestigt hatte.

Telegramm.

Beim Schluss unserer Zeitung geht uns noch folgendes Telegramm zu:
Brüssel, Dienstag 4. März. Die heutige „Indpendance“ meldet aus Paris: Die früheren Repräsentanten Miol und Greppo seien verhaftet worden. Die Regierung zeige eine wachsende Strenge. Die Polizei treffe für heute (Festnacht) Vorsichtsmaßregeln.

(Eingegangen 4. März 2 Uhr 5 Min. Nachmittags.)

Angelommene Fremde.

Vom 4. März.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Lieutenant v. Platzen aus Uchorowo, Rittergutsbesitzer Palm aus Otitz und Frau Rittergutsbesitzer v. Skazynska aus Chotlowo.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Dehne aus Magdeburg,

Sattler aus Pforzheim, Meyer aus Dresden und Bong aus Nordhausen, Rittergutsbesitzer Kennemann aus Klenz und Gutsbesitzer Förster aus Natzel.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer Graf Czapski aus Kulowice und

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gutsbesitzer v. Szoldenk aus Ostek,

Hauptmann im 12. Grenadier-Regiment v. Grevenn und Pr. Lieutenant im 12. Grenadier-Regiment v. Hart aus Schrimm, Bergbeamter Werner aus Halsch und Kaufmann Lairesz aus Remda.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer Gimerski aus Syberia, Partikular Piotrowski aus Pierwoszewo und Maurermester Tyrof aus Gneze.

STERNS HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer Graf Potowrowski aus Grzlewo, v. Zoltowski aus Bajaczkowo, v. Przywyski aus Giecz und v. Jaraczkewski aus Baraczewo, die Kaufleute Reinlich aus Magdeburg, Harkort aus Leipzig und Hänsling aus Wróblewo.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Westerwski aus Wróblewo, v. Kurnatowski aus Chalin, v. Smarek aus Sarbia, v. Sliwiński aus Polen, v. Gorzeński aus Miniszewo und v. Bujowicz aus Grunzig, Frau Gutsbesitzer v. Jaraczkowska aus Lowiczica und Kaufmann Keiner jun. aus Stettin.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Reichner aus Schrimm, Gutsbesitzer Schmidt aus Fraustadt, die Gutsbesitzer Sytniewski aus Piotrowo und Cegelski aus Wodzki.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Schwarz und Schmidt aus Berlin, Lewishoff und Frau Gutsbesitzer Powodz aus Polen.

PRIVAT-LOGIS. Fräulein Hoffmann aus Breslau, Schönstraße 1.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Das auf der Amtsstadt zu Polnisch Crone, an der Brücke belegene, den Namen „Abitz-Wühle“ führende festländische Mühlengrundstück, bestehend aus einem Wohnhaus, mehreren Stallgebäuden, Kornspeicher, einer Schneidemühle, einer Mahlmühle von zwei Gängen, einer Mahlmühle von drei Gängen, welche letztere bei Beginn der Pachtperiode ganz neu gebaut und zu 4 Gängen nach den neuesten Konstruktionen eingerichtet werden wird, dem Hofraum, den Ablageplätzen und einigen Gärten, soll vom 1. Juli d. J. ab, auf 12 Jahre an den Meistbietenden verpachtet werden. Zur Entgegnahme der Gebote haben wir einen neuen Termin auf

den 8. März d. J. Vormittags 11 Uhr im Sitzungssale des königlichen Regierungsges-

häuses hierbei vor dem Regierungsrath von Schierstedt angezeigt.

Pachtlustigen werden hierzu mit dem Bemerkten eingeladen, daß das geringste Pachtgeld 2300 Thlr. jährlich beträgt, daß der Bieter vor Zulassung zum Gebot ein disponibles Vermögen von mindestens 8000 Thlr. nachweisen muß, und daß nach 6 Uhr Abends neue Bieter nicht zugelassen werden. Im Übrigen verweise ich auf die in unserer Registratur einzubehenden Pachtbedingungen und deren Beilagen. Von ersteren kann auf Verlangen Abschrift gegen Entgelung der Kopialien mit 10 Sgr., oder deren Einziehung durch Postverschluß, mitgetheilt werden. Bromberg, den 25. Februar 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachung.

Freitag den 7. d. Mts. Vormittags 10 Uhr sollen die an der Westseite des hiesigen Kanonenplatzes stehenden 5 großen Pappeln öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Posen, den 3. März 1862.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Freitag den 7. d. Mts. Vormittags 10 Uhr soll eine Quantität Roggenkleie u. s. w. in dem hiesigen königlichen Magazin öffentlich meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkauft werden.

Posen, den 3. März 1862.

Königliches Proviantamt.

Bekanntmachung.

Als mutwillig gestohlen sind polizeilich in Besitz genommen:

1. ein blauer geblümter gläserner Brodkorb,

2. ein geschliffener gläserner Obststeller und

3. zwei kleine weiße Dessertsteller.

4. eine kleine silberne Spindeluhr ohne besondere Abzeichen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Lissa, den 9. September 1861.

Das im Fraustädter Kreise in der Stadt Lissa unter Nr. 258 belegene, dem Destillateur Abraham Chrambach gehörige Wohnhaus,

abgeschäft auf 7630 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf. zu-

folge der, nebst Hypothekenchein und Bedin-

gungen in der Registratur einzubehenden Taxe,

soll am

6. Mai 1862 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-

pothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen,

haben ihren Anspruch beim Subhastationsge-

richte anzumelden.

Bekanntmachung.

Das dem Vladislans v. Paggowski ge-

hörige Vorwerk Chabsko, gerichtlich ab-

geschäft auf 39,933 Thlr. 10 Sgr. zu folge der

nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der

Registratur einzubehenden Taxe, soll

am 12. September 1862 Vormittags

11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-

pothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben

ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht

anzumelden.

Moritz (Max) Halle wird hierzu öffent-

lich vorgeladen.

Trzemeszno, den 11. Februar 1862.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-

pothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben

ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht

anzumelden.

Moritz (Max) Halle wird hierzu öffent-

lich vorgeladen.

Trzemeszno, den 11. Februar 1862.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-

pothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben

ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht

anzumelden.

Moritz (Max) Halle wird hierzu öffent-

lich vorgeladen.

Trzemeszno, den 11. Februar 1862.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-

pothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben

ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht

anzumelden.

Moritz (Max) Halle wird hierzu öffent-

lich vorgeladen.

Trzemeszno, den 11. Februar 1862.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-

pothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben

ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht

anzumelden.

Moritz (Max) Halle wird hierzu öffent-

lich vorgeladen.

Trzemeszno, den 11. Februar 1862.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-

pothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben

ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht

anzumelden.

Moritz (Max) Halle wird hierzu öffent-

lich vorgeladen.

Trzemeszno, den 11. Februar 1862.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-

pothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben

ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht

anzumelden.

Moritz (Max) Halle wird hierzu öffent-

lich vorgeladen.

Trzemeszno, den 11. Februar 1862.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Ein deutscher verheiratheter Gärtner findet
sofort ein Unterkommen in **Wegiers-**
ski bei Kosztryn.

Ein gut empfohlener Hansknecht findet zum 1.
April einen Dienst bei
Carl Heinrich Ulrich & Co.,
Breslauerstr. Nr. 4.

Ein junger Mensch mit tüchtigen Schulkennt-
nissen, womöglich auch der poln. Sprache
mächtig, wird zu vordigem Eintritt als Lehr-
ling in ein biefiges Produktengeschäft geführt.
Selbstgeschriebene Anbitten sind franco sub-
J. H. 21 poste restante Posen zu richten.

Ein ordentlicher Lübsbursche, der deut-
schen und polnischen Sprache mächtig,
findet zum 1. April eine offene Stelle in der
Musikalienhandlung von

Ed. Bote & G. Bock in Posen.

Ein Kandidat d. Thlg. (musikal.), dem neben
einer gehörigen Lebhaftigkeit gute Zeugnisse
zur Seite stehen, sucht eine Hauslehrerstelle. Of-
ferten werden unter **P. P.** poste rest. Posen

Ein erfahrener, der polnischen und deutschen
Sprache vollkommen mächtiger Ökonom,
dem die besten Bezeugungen zur Seite stehen und
auch sonst von einem rationalen Landwirth emp-
funden wird, sucht von Johann d. T. ab einer
Stelle als Administrator über ein oder mehrere
Güter. Auch kann nöthigenfalls eine Kautio-
n gestellt werden.

Das Nähere: **A. M. N.** poste restante
Posen.

Ein junges Mädchen wünscht ein Engagement
als Erzieherin. Dieselbe ist außer der deut-
schen auch der polnischen u. französischen Sprache
sowie auch der Musik mächtig.

Nähere Auskunft giebt auf portofreie Briefe
der emerit. Bürgermeister **Zabel** zu Ny-
czewo.

Borräthig in der

E. Mai'schen Buchhandlung (Louis Türk), Wilhelmspl. 4:

Sehr wichtig für
Handeltreibende.

Mit dem 1. März tritt im Kraft:

Allgemeines Deutsches Handelsge-
buch und Einführungsgesetz. Vom
24. Juni 1861. Nebst Verordnung über die
gerichtl. Gebühren und Kosten, vom 27. Jan-
uar 1862, und Allgemeine Deutsche
Wechsel-Ordnung. Vom 15. Februar
1850. Mit Sachregister. 8. geh. Preis
15 Sgr.

Allgemeine Verfügung und Instruktion
vom 12. Dezember 1861, betreffend
die Ausführung des Gesetzes vom
24. Juni 1861, über die Einführung
des Allgemeinen Deutschen Handels-
gesetzbuchs. Nebst Formulare. 8. geh.
Preis 6 Sgr.

Verhandlungen über die Entwürfe eines
Allgemeinen Deutschen Handelsge-
setzbuchs und eines Einführungsges-
setzes zu denselben in beiden Häusern des
Landtages im Jahre 1861. Vollständiger
Abdruck der stenographischen Berichte
nebst Entwürfen, Motiven und Kommissions-
Berichten zu denselben. 44½ Bogen. 8. geh.
Preis 1 Thlr. 7½ Sgr.

Entwurf eines Handelsgesetzbuchs für
die Preußischen Staaten. Nebst Mo-
dellen. (1857.) Erster Theil: Einführung.
Zweiter Theil: Motive. 1859. 51½ Bogen.
8. geh. Preis 4 Thlr.

Verlag der königlichen Geheimen Ober-hofbuch-
druckerei (R. Decker), Berlin, Wilhelmstr. 75.

Fonds- u. Aktienbörsse.

Berlin, 3. März 1862.

Eisenbahn-Aktien.

Bank- und Kredit-Aktien und
Antheilscheine.

Industrie-Aktien.

Prioritäts-Obligationen.

Staats-Schuldsch.

Kurh. Pr. 5 65½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½-94½ B

Thüringer 4 113½ B

Weimar. Bank-Alt. 4 79½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½-94½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B

do. Stamm-Pr. 4 98½ B

Rhein-Nahebahn 4 26½ B

Fuhroff-Grefeld 3½ 91 G

Stargard-Posen 3 92½ B

Thüringer 4 113½ B